

Frauenfragen / Questions au féminin / Problemi al femminile

1/83

	Seite
Elisabeth Veya: Name nicht nur Schall und Rauch	1
Schweiz. Verband der Zivilstandsbeamten: Namensregelung im künftigen Eherecht	2- 6
Réglementation du nom dans le futur droit du mariage	9-13
Il diritto del nome nel futuro diritto matrimoniale	14-18
Das Namensrecht in Europa - Summarischer Ueberblick	19
Die Tätigkeit der Eidg. Kommission für Frauenfragen im Jahre 1982	20-24
L'activité en 1982 de la Commission fédérale pour les questions féminines	25-29
Le attività della Commissione federale per i problemi della donna nel 1982	30-34
Neue Oeffnungszeiten der Dokumentationsstelle für Frauenfragen Les heures d'ouverture du Service de documentation ont changé Le ore di apertura nel Centro di documentazione sui problemi della donna hanno cambiato	35
Brigitte Dommen, Laure Florinetti, Catherine Hein: Le travail à temps partiel	36-39
Elisabeth Kästli: Chronik der laufenden Ereignisse, September 1982 bis Januar 1983	40-43
Uebersicht über frauenrelevante Vorstösse in den kantonalen Parlamenten Liste d'interventions parlementaires cantonales sur les questions féminines	44-45
Uebersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung Résumé des délibérations de l'Assemblée fédérale	46-52
Passagen: Monique Wittig, "aus deinen zehntausen Augen Sappho" Amazonen Frauenverlag, 1977	35, 39

Frauenfragen
 Questions au féminin
 Problemi al femminile



6. Jahrgang, Nr. 1
 März 1983

herausgegeben von der Eidgenössischen
 Kommission für Frauenfragen. Bundesamt
 für Kulturpflege, Thunstrasse 20,
 3006 Bern, Tel. 031/61.92.75

Redaktion: Käthi Belser, Verena
 Laedrach-Feller, Elisabeth Veya

Abdruck der Beiträge unter Quellenangabe
 erwünscht

Name nicht nur Schall und Rauch

Jeder Mann würde es als Zumutung empfinden, wenn man von ihm verlangte, bei der Heirat einen anderen Namen anzunehmen - Frauen wird dies jedoch selbstverständlich zugemutet - trotz Gleichberechtigungsartikel und Persönlichkeitsschutz! Selbst im Entwurf für ein neues Eherecht (der allerdings noch vor der Verankerung der Gleichberechtigung in der Bundesverfassung entstanden ist) konnte sich der Bundesrat nicht zu einer konsequent partnerschaftlichen Antwort auf die Namensfrage entschliessen - dies vor allem auch mit dem Hinweis auf die technischen und administrativen Schwierigkeiten, die bei der Preisgabe des einheitlichen Familiennamens für die verschiedenen Registerführer auftauchen könnten. Sein Vorschlag war, dass verheiratete Frauen dem Ehenamen, also dem Namen des Ehemannes, ihren eigenen nach- oder, unter Hinweis auf ihren Zivilstand - voranstellen dürfen.

Der Ständerat, der den Entwurf immerhin nach dem 14. Juni 1981 beriet, unterstützte diesen Vorschlag. Die Kommission des Nationalrates hingegen hat sich inzwischen auf einen Einheitsnamen in der Form des Doppelnamens geeinigt.

Die bevorstehende Diskussion des Eherechts im Plenum des Nationalrates bietet uns Anlass, die Stellungnahme des Verbandes der Zivilstandsbeamten aus deren Verbandsblatt zu übernehmen. Gerade sie, auf die der Bundesrat in seinem Entwurf Rücksicht zu nehmen glaubte, opponieren nun erstaunlicherweise vehement gegen diese "Trostpflasterchen-Variante", die für alle Beteiligten letztlich unbefriedigend bleibt und auch keineswegs praktikabel zu sein scheint. Sie schlagen eine klare und einleuchtende Lösung vor, die sowohl dem Prinzip der Partnerschaft in der Ehe, dem Persönlichkeitsschutz und auch der Registertreue und der Durchführbarkeit in der Praxis Rechnung trägt.

Um Identität, um die Suche nach dem Platz als Frau hier und heute geht es auch in einem weiteren Beitrag: in den Texten, die unter dem Zeichen der Passagen stehen, drückt eine lesbische Frau aus, wie sie ihr Leben gestaltet, am Rande und auch gegen den Widerstand des Ueblichen. Sie sagt - und dies scheint mir wichtig - zu dieser Identität deutlich Ja. Das trotzdem gespannte Verhältnis zu sich selbst, zum eigenen Körper, äussert sich - so versteh ich es - in der besonderen Schreibweise des Personalpronomens in der ersten Person. Die Liebesgedichte - um solche handelt es sich - sind ausserordentlich persönlich, sehr intim, sie mögen schockieren. Wir sind jedoch davon überzeugt, dass ihnen in "Frauenfragen" Raum gebührt.

Elisabeth Veya

Zeitschrift für Zivilstandswesen

Monatsschrift, herausgegeben vom Schweizerischen Verband der Zivilstandsbeamten

N° 12 1982

50. Jahrgang / Année / Anno

Dezember / Décembre
Dicembre

Revue de l'état civil

Publication mensuelle de l'Association suisse des officiers de l'état civil

N° 1 1983

51. Jahrgang / Année / Anno

Januar / Janvier / Gennaio

Rivista dello stato civile

Pubblicazione mensile dell'Associazione svizzera degli ufficiali dello stato civile

Namensregelung im künftigen Eherecht

Vorwort des Redaktors

Die Zivilstandsbehörden bemühen sich mit vereinten Kräften um eine praktikable Regelung des Bürgerrechts- und des Namens der Ehegatten im künftigen Eherecht. Nach einer ersten gemeinsamen Eingabe vom 2. September 1982 an Herrn Bundesrat Dr. Kurt Furgler zur Bürgerrechtsfrage (ZZiv. 1982 S. 276 ff), organisierte der Vorstand der Aufsichtsbehördenkonferenz für die Jahresversammlung vom 16./17. September 1982 in Neuenburg ein Podiumsgespräch über Name und Bürgerrecht im kommenden Eherecht mit Vertretern des eidgenössischen Parlaments (ZZiv. 1982 Seiten 307 ff.).

Nicht zuletzt, veranlasste uns dieses Podiumsgespräch, auch einen Vorschlag zur Namensregelung dem Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements zu unterbreiten.

Zur Orientierung unserer Leserschaft publizieren wir nachfolgend diese Eingabe zur Namensregelung vom 20. Oktober 1982 im Wortlaut.

Hochgeachteter Herr Bundesrat

Anlässlich der Aussprache vom 26. Februar 1982 im Bundeshaus zwischen Ihnen, Ihren Chefbeamten und Vertretern der Zivilstandsbehörden baten Sie uns, neben der Bürgerrechtsfrage auch das Namensproblem der Ehegatten im künftigen Eherecht weiter zu studieren, da eine allgemein überzeugende Regelung noch ausstehe.

Mit Schreiben vom 2. September 1982 übersandten wir Ihnen die Ergebnisse unserer Beratungen zum Bürgerrecht der Ehegatten. Hiermit erlauben wir uns, Ihnen auch einen Vorschlag zur Namensregelung der Ehegatten zu unterbreiten, und bitten Sie um wohlwollende Prüfung.

Vorab möchten wir ausdrücklich festhalten, dass sowohl die vom Bundesrat vorgeschlagene als auch die vom Ständerat angenom-

mene und die von der nationalrätlichen Kommission vorläufig gutgeheissene Lösung dem Zivilstandsdienst direkt keine Schwierigkeiten bereiten würde. Gleichwohl können wir aus der Sicht der täglichen Praxis unsere Skepsis gegenüber den bis heute getroffenen Lösungen nicht verbergen und glauben, im Sinne der Rechtssicherheit und -klarheit einen praktikablen Vorschlag einreichen zu können.

Zu den bis heute getroffenen Lösungen (vide Anhang)

1. Allen Lösungen gemeinsam ist der wohl kaum bestrittene erste Absatz, wonach ohne Zutun der Brautleute der Name des Ehemannes von Gesetzes wegen zum Familiennamen der Ehegatten werden soll. Mit dieser Regelung dürften, wenigstens in naher Zukunft, noch über 90 Prozent der Ehepaare zufrieden sein. Die Erfahrungen in der Bundesrepublik und in Österreich bekräftigen diese Annahme deutlich. Allerdings verstiesse diese Lösung allein zweifellos gegen Artikel 4 Absatz 2 der Bundesverfassung.

2. Der partnerschaftliche Grundgedanke des neuen Eherechts sowie der immer stärker aufkommende Schutz des Persönlichkeitsrechts in der Namensführung sind mit dem Prinzip des einheitlichen Namens für Ehegatten praktisch nicht zu vereinbaren. Optiert man für die Namenseinheit, drängt sich aufgrund des Persönlichkeitschutzes und der Partnerschaft zwingend die Annahme eines Namenswahlrechts auf. Aus genau denselben Erwägungen muss man auch demjenigen Ehegatten, der bei der Wahl unterliegt, «Troströsungen» anbieten: Er soll dem gemeinsamen Namen der bisher oder vor einer früheren Ehe getragenen Namen beifügen oder mit dem Hinweis auf die Heirat voranstellen können. Damit verlässt man aber — genau genommen — wieder den Grundsatz der Einheit des Familiennamens in der Ehe.

Man kann es drehen wie man will, eine überzeugende, praktikable Lösung, die allen drei Grundsätzen Rechnung trägt, lässt sich nicht finden. Die bisher getroffenen Lösungen räumen eindeutig der Namenseinheit in der Familie den Vorrang ein. Zu welchem Preis? Wir versuchen, ihn nachfolgend zu kalkulieren.

3. Das Wahlrecht samt notwendigen Korrekturen («Trostlösungen») ist offensichtlich kompliziert. Bei allen bisher getroffenen Lösungen wurden deshalb im letzten Absatz die wählbaren Namensformen für den amtlichen Bereich eingeschränkt:

«Jedoch wird in amtlichen Registern und Ausweisen wenn nötig nur der Familienname verwendet.»

Mit dieser, aus Praktikabilitätsgründen angenommenen Einschränkung schafft der Gesetzgeber bewusst eine Diskrepanz zwischen dem amtlich registrierten und dem tatsächlich geführten Namen und stiftet damit einige Verwirrung in einer alltäglichen, bedeutsamen Rechtsfrage: Wer entscheidet über das zweifelhafte «wenn nötig»? Die einzelnen Verwaltungsabteilungen, Kommentatoren oder der Richter? Und mit welcher Begründung vermag sich die Verwaltung zu wehren, wenn die betroffene Person sich auf ihr Persönlichkeitsrecht beruft?

Ein praktisches Beispiel soll diese Situation beleuchten.

Anna Meier verheiratete Huber bemüht sich um Anerkennung ihrer Namensführung in der öffentlichen Verwaltung. Sie hinterlegt einen Heimatschein bei der Einwohnerkontrolle ihrer Wohngemeinde. Dieser lautet auf den Namen Huber, weil er gemäss Artikel 4 der eidgenössischen Heimatscheinverordnung vom 22. Dezember 1980 aufgrund des Familienregisters ausgestellt wurde. Der Heimatschein bildet die Basis für die polizeiliche Registerführung. Die von der Einwohnerkontrolle geführten Personendaten finden wiederum Eingang in alle Verwaltungsbereiche, namentlich bei automatisierten Organisationssystemen (EDV). Pass und Identitätskarte sind gemäss Weisung des EJPD zur bundesrätlichen Passverordnung vom 17. Juli 1959 auf den Namen auszustellen, wie er im Familienregister eingetragen ist. Praktisch wird also Anna Meier verheiratete Huber keinen amtlichen Ausweis

mit ihrer gewünschten, legalen Namensführung bekommen. Wenn diese Frau sich aber beim Handelsregister oder beim Grundbuchamt ausweisen muss, wie soll sie dann ihre rechtmässig gewünschte Namensführung nachweisen können, wenn alle Ausweispapiere lediglich auf Huber lauten?

Abgesehen davon, muss man sich ernsthaft fragen, ob es für den Bürger ein schützenswertes Interesse gibt, auf der Amtsstelle X mit dem Namen B und auf der Amtsstelle Y mit dem Namen A verheiratet B registriert zu sein. Vielmehr werden die Bürger selber nicht mehr wissen, wie sie rechtmässig heissen beziehungsweise sich nennen dürfen. Damit ebnet der Gesetzgeber den Weg zur Identifikationsnummer, die allein noch die Amtsstellen interessieren wird!

4. Die nationalrätliche Kommission entschied sich vorläufig für ein Wahlrecht ohne Einschränkung, im Gegensatz beispielsweise zum deutschen und österreichischen Recht. Das könnte in der Folge zu einer «Nobilisierung» des schweizerischen Namensgutes führen. Ein Beispiel soll diesen Gedanken verdeutlichen.

Hans Müller wählt vor der Heirat mit Elisabeth von Wattenwyl den Namen seiner Frau. Die Kinder aus dieser Ehe führen den Familiennamen von Wattenwyl. Wird diese Ehe aufgelöst, und heiratet Hans von Wattenwyl geborener Müller eine Katharina Meier, so erwirbt die Ehefrau von Gesetzes wegen den Namen ihres Ehemannes und heisst von Wattenwyl, ebenso die Kinder aus dieser Verbindung. Nach Auflösung auch dieser Ehe heiratet Katharina von Wattenwyl geborene Meier einen Karl Bünzli, der gerne zuvor die Erklärung abgibt, mit der Heirat den Namen seiner Frau, nämlich von Wattenwyl, führen zu wollen. Auch die Kinder aus dieser Ehe würden ex lege den Namen von Wattenwyl erwerben.

Mit einem unbeschränkten Wahlrecht dürften die gesellschaftlich angesehenen Namen mit dem Segen des Gesetzgebers sich relativ rasch ausbreiten, ohne jeden verwandtschaftlichen Zusammenhang unter den Namensträgern! Das dürfte wohl kaum die Absicht des Gesetzgebers sein.

5. Das Namenswahlrecht in der Fassung der nationalrätlichen Kommission setzt voraus,

dass beide Verlobte erklären müssen, den Namen der Ehefrau führen zu wollen. Bei Uneinigkeit der Brautleute würde der Ehemann obsiegen, weil das Gesetz der Ehefrau seinen Namen gemäss Artikel 160 Absatz 1 ZGB aufzwingen würde.

6. Schliesslich darf man bei einer kritischen Betrachtung nicht verschweigen, dass ein Wahlrecht samt Korrektiven («Trostlösungen») der missbräuchlichen Verwendung Vorschub leistet. Ein Ehegatte könnte unter verschiedenen Namen Kredite aufnehmen oder sich sonstwie verpflichten und dadurch die allfällige Betreibung durch die Gläubiger erschweren.

*Vorschlag der Zivilstandsbehörden
(vide Anhang)*

Diesen etwas wirklichkeitsfremden und verwirrenden Auswirkungen der bisher getroffenen Lösungen möchten die Zivilstandsbehörden mit folgendem Vorschlag begegnen. Er lautet:

B. Familienname Art. 160

¹ Der Name des Ehemannes ist der Familienname der Ehegatten.

² Die Braut kann jedoch dem Zivilstandsbeamten erklären, ihren bisherigen Namen weiterführen zu wollen.

Begründung des Vorschlags

1. Der erste Absatz deckt sich wörtlich mit dem ersten Absatz der bisher getroffenen Lösungen. Er führt die heute geltende Namensregelung traditionsgemäss fort und entspricht damit dem Wunsch der sicher weit überwiegenden Mehrheit unserer heutigen Bevölkerung.

2. Die im zweiten Absatz statuierte Alternative trägt in konsequenter und direkter Weise den Prinzipien der Partnerschaft und des Persönlichkeitsschutzes Rechnung, allerdings unter Aufgabe der Namens Einheit bei Ehegatten. Andererseits aber sprechen ganz gewichtige Vorteile, die wir nachfolgend aufzeigen, für diese Lösung.

2.1 Der mit dem Wahlrecht verknüpfte Zwang zur Aufgabe eines Namens sowie die «tröstenden», aber verwirrenden Korrektive würden sich ganz erübrigen.

2.2 Es bestünde keine Diskrepanz zwischen amtlich registrierter und tatsächlich verwendeter Namensführung.

2.3 Die Braut allein könnte durch Erklärung vor dem Zivilstandsbeamten ihr Persönlichkeitsrecht am eigenen Namen durchsetzen. Der Ehemann muss nicht einwilligen, da sein Persönlichkeitsrecht am Namen gewahrt bleibt.

2.4 Das oben, unter dem Stichwort «Nobilitierung» des schweizerischen Namensgutes aufgezeigte Risiko der nationalrätlichen Kommissionsregelung wäre ausgeschlossen.

Übrigens würde eine zusätzliche Bestimmung zur Verhinderung dieser Konsequenz die Namensregelung der nationalrätlichen Kommission nur noch weiter komplizieren.

2.5 Unser Vorschlag scheint uns für jedermann verständlich, klar abgefasst. Unliebsame Diskussionen zwischen Amtsstellen und Bürgern über akzeptable oder inakzeptable Namensführungsformen könnten vermieden werden.

2.6 Für die Registerführung wäre diese Regelung praktikabel und technisch durchaus zu verkraften. Im Hinblick auf das künftige internationale Privatrecht der Schweiz dürfte dieser Vorschlag für die Zivilstandsbehörden sogar vorteilhaft sein (vide nächste Ziffer).

2.7 Das eindeutig zum Wohnsitzprinzip hinstreichende schweizerische IPR wird die Eintragung separater Familiennamen von Ehegatten den Registerführern aufzwingen, da viele Länder diese Namensregelung kennen, unter anderem Frankreich, Italien, Spanien, Belgien und die Niederlande, um nur die nächst gelegenen zu nennen. Ist aber den schweizerischen Zivilstandsbeamten die Eintragungsform separater Familiennamen fremd, dann werden sie ständig in Konflikt mit dem schweizerischen IPR und den allenfalls berechtigten Ansprüchen unserer Auslandschweizer geraten.

Die deutschen Standesbeamten und Gerichte stehen heute vor kaum lösbaren

IPR-Namensproblemen, weil das deutsche Recht am Prinzip des einheitlichen Ehenamens festhielt.

2.8 Mit der Möglichkeit separater Familiennamen für Ehegatten hielte die neue ZGB-Regelung der voraussichtlichen Entwicklung im Namensrecht stand. Der Grundsatz der Namenseinheit in der Familie wird seinen heute noch bestehenden Vorrang einbüßen, je mehr die Prinzipien der Gleichberechtigung und des Persönlichkeitsschutzes an Bedeutung gewinnen werden. Die Entwicklung in dieser Richtung ist unverkennbar.

2.9 Es gibt aber auch historische Gründe zur Annahme dieser Alternative. Vor Inkrafttreten des ZGB kannten die vom Code Napoléon beeinflussten kantonalen Rechte genau diese Regelung. Sie gehört also auch zur schweizerischen Rechts-tradition, und es ist denkbar, dass namentlich die welschen Kantone und der Tessin eine solche Alternative begrüßen würden.

Wir geben gerne zu, dass unser Vorschlag in keiner Weise neu oder gar revolutionär ist. Fast alle Autoren, die sich zum Namensproblem im künftigen Eherecht in den letzten zehn Jahren geäußert haben, kamen zum Schluss, dass die Wirkungslosigkeit der Ehe auf den Namen der Ehegatten die konsequenteste, klarste und praktikabelste Lösung darstellt. Sie hätte im heutigen Zeitpunkt jedoch als ausschliessliche gesetzliche Namensregel politisch keine Chance, unseres Erachtens aber als Alternative zur beizubehaltenden, bisherigen Regelung wohl. Als Indiz dafür erscheint uns die Tatsache, dass gerade die der Tradition verpflichteten Zivilstandsbehörden einhellig diesen Vorschlag unterbreiten.

3: Allerdings müsste bei Annahme unseres Vorschlags auch Artikel 270 ZGB über die Namensführung der Kinder modifiziert werden. Zu regeln wäre der Name der Kinder von Ehegatten mit separaten Familiennamen. Unser Vorschlag lautet:

A. Familienname Art. 270

¹ Sind die Eltern miteinander verheiratet, so erhält das Kind den Namen des Vaters.

² Sind sie nicht miteinander verheiratet, so erhält das Kind den Namen der Mutter.

Begründung des Vorschlags

1. Dass Kinder verheirateter Eltern von Gesetzes wegen den Namen des Vaters erwerben, entspricht nicht nur schweizerischer Rechts-tradition, sondern einem weltweit verbreiteten Rechtsempfinden, das sich in den Gesetzesbestimmungen niederschlägt.

Sollte die Ehe aufgelöst und das Kind der Mutter zugesprochen werden, so könnte die Namenseinheit zwischen Mutter und Kind auf dem Weg der Namensänderung hergestellt werden. Aus diesem Grund erübrigt sich auch die generelle Annahme eines Namensoptionsrechts für die Kinder, analog zu unserem subsidiären Vorschlag für das Bürgerrecht der Kinder. Ein Namensoptionsrecht wäre verwirlich, weil die Mutter im Zeitpunkt der Optionserklärung des Kindes durch Wieder-verheiratung oder Namensänderung einen ganz anderen Namen führen könnte als zur Zeit der Eheschliessung mit dem Vater des Kindes.

Die Namensänderungspraxis des Bundesgerichts für Konkubinatskinder macht deutlich, dass es im Interesse von Kindern unverheirateter Eltern liegen kann, den Namen des Vaters führen zu dürfen, was für Kinder aus einer Ehe noch in viel stärkerem Masse zutrifft.

2. Der zweite Absatz entspricht wörtlich dem geltenden Absatz 2 von Artikel 270 ZGB.

Die Zivilstandsbehörden wissen aus der Praxis um die Tragweite der Namensbestimmungen im Alltagsleben. Der Name ist das hervorragende Identitätsmerkmal einer natürlichen Person und ein Ordnungsfaktor erster Güte in unserer Gesellschaft. Einer klaren und sicheren Namensregelung, die nicht nur der heute herrschenden Ansicht, sondern auch der künftigen Entwicklung Rechnung trägt, ist deshalb grösste Aufmerksamkeit zu schenken. In diesem Sinne, hochgeachteter Herr Bundesrat, möchten die Zivilstandsbehörden einen konstruktiven Beitrag leisten und diesen Vorschlag Ihrer kritischen Prüfung unterbreiten.

Mit dem besten Dank für Ihre Bemühungen begrüßen wir Sie mit dem Ausdruck unserer vorzüglichsten Hochachtung.

Das Schreiben ist unterzeichnet von Herrn Dr. Mario Gervasoni, Präsident des Schweizerischen Verbandes der Zivilstandsbeamten und

Herrn Dr. Bernardo Lardi, Regierungsrat und Präsident der kantonalen Aufsichtsbehörden im Zivilstandswesen.

Der Name der Ehegatten im künftigen Eherecht (Art. 160 ZGB)

Anhang zur Eingabe an Herrn Bundesrat Dr. Kurt Furgler vom 20. Oktober 1982.

Lösung des Bundesrates

¹ Der Name des Ehemannes ist der Familienname der Ehegatten.

² Die Ehefrau darf diesem Namen den Namen, den sie bisher oder vor einer früheren Ehe trug, beifügen oder mit dem Hinweis auf die Heirat voranstellen.

³ In amtlichen Registern und Ausweisen wird wenn nötig nur der Familienname der Ehefrau verwendet.

Lösung des Ständerates

¹ Der Name des Ehemannes ist der Familienname der Ehegatten.

² Die Ehefrau darf diesem Namen den Namen, den sie bisher oder vor einer früheren Ehe trug, beifügen oder mit dem Hinweis auf die Heirat voranstellen; die gleichen Befugnisse stehen dem Ehemanne zu, wenn den Brautleuten bewilligt worden ist, von der Trauung an den Familiennamen der Frau zu führen.

³ Jedoch wird in amtlichen Registern und Ausweisen wenn nötig nur der Familienname verwendet.

Neuer Absatz 2 zu Artikel 30 ZGB betreffend Namensänderung

² Das Gesuch der Brautleute, von der Trauung an den Familiennamen der Ehefrau zu führen, ist zu bewilligen, wenn achtenswerte Gründe vorliegen.

Lösung der nationalrätlichen Kommission (erste Lesung)

¹ Der Name des Ehemannes ist der Familienname der Ehegatten.

² Brautleute können dem Zivilstandsbeamten erklären, den Namen der Ehefrau als Familiennamen zu führen.

³ Der Ehegatte, dessen Name nicht Familienname wird, kann dem Familiennamen seinen bisherigen Namen beifügen oder mit dem Hinweis auf die Heirat voranstellen.

⁴ Jedoch wird in amtlichen Registern und Ausweisen wenn nötig nur der Familienname verwendet.

Lösungsvorschlag der Zivilstandsbehörden

¹ Der Name des Ehemannes ist der Familienname der Ehegatten.

² Die Braut kann jedoch dem Zivilstandsbeamten erklären, ihren bisherigen Namen weiterführen zu wollen.

Neufassung von Artikel 270 ZGB

¹ Sind die Eltern miteinander verheiratet, so erhält das Kind den Namen des Vaters.

² Sind sie nicht miteinander verheiratet, so erhält das Kind den Namen der Mutter.

Schall und Rauch





Franziska Becker:
"Mein feministischer Alltag"
Cartoons, dtv, 10069

Réglementation du nom dans le futur droit du mariage

Monsieur le Conseiller fédéral,

Lors de l'entretien que vous nous avez accordé le 26 février 1982 au Palais fédéral, vous nous avez invités à étudier, outre le problème du droit de cité, celui du nom des époux dans le futur droit du mariage puisqu'aucune réglementation satisfaisante n'avait encore été proposée.

Nous vous avons adressé le résultat de nos délibérations au sujet du droit de cité des époux le 2 septembre 1982. Nous nous permettons de vous soumettre ici une proposition de réglementation du nom des époux et vous prions de l'examiner avec bienveillance.

Avant toute chose, nous aimerions déclarer expressément que tant la proposition du Conseil fédéral que celle du Conseil des Etats ne créent aucune difficulté en matière d'état civil. Toutefois, la pratique quotidienne nous autorise à être septiques; nous ne croyons pas que les solutions formulées jusqu'à maintenant puissent contribuer à la sécurité et à la clarté du droit.

*A propos des solutions connues à ce jour
(voir annexe)*

1. Toutes les solutions ont un premier alinéa commun selon lequel le nom du mari devient, par effet de la loi, le nom des époux. Cette réglementation donne satisfaction à plus de

90 % des couples mariés. Les expériences faites en Allemagne et en Autriche le démontrent. Mais il est vrai que cette solution seule enfreint l'article 4, alinéa 2 de la Constitution fédérale.

2. L'idée fondamentale du nouveau droit tendant à réaliser dans le mariage une relation de partenaires ainsi que la sauvegarde toujours plus sévère du fait que le nom est l'objet d'un droit de la personne sont indépendants du principe de l'unité du nom de famille entre les époux.

Si l'on opte pour l'unité du nom, il convient alors, compte tenu de la protection de la personnalité et de l'association de partenaires, de créer une possibilité de choisir. Mais, pour ces mêmes raisons, on doit aussi offrir à celui des époux dont le nom n'a pas été retenu des «solutions de consolation»: il peut ajouter au nom de l'union conjugale celui qu'il portait jusqu'alors ou qui était le sien avant un précédent mariage ou le placer en premier en faisant ressortir le fait qu'il est marié. Ce faisant, on s'écarte toutefois du principe de l'unité du nom de famille dans le mariage.

On peut présenter la chose comme on veut, il n'est guère possible de trouver une solution convaincante et pratique qui tienne compte des trois principes fondamentaux. Les solutions, proposées jusqu'à maintenant donnent la

prééminence à l'unité du nom. A quel prix? Nous tentons ci-après de l'évaluer.

3. Le choix du nom avec ses correctifs («solutions de consolation») est manifestement compliqué. C'est pourquoi toutes les solutions formulées jusqu'à ce jour ont limité l'étendue de ce choix dans les domaines officiels en prévoyant ceci:

«Si cela est nécessaire, le nom de famille seul figurera dans les registres officiels et sur les pièces de légitimation.»

Avec cette restriction, dictée par des raisons pratiques, le législateur est conscient de créer une différence entre le nom enregistré officiellement et celui porté effectivement. Il installe alors une certaine confusion dans une question de droit importante et quotidienne. Qui décide «si cela est nécessaire»? Les services administratifs eux-mêmes, des commentateurs ou le juge? Quelle argumentation pourrait avancer une administration si une personne se prévalait du droit de la personnalité? Voici un exemple pratique: Anna Meier épouse Huber s'efforce de justifier son nom auprès d'une administration. Elle produit un acte d'origine au Contrôle des habitants de sa commune de domicile. Ce document, établi sur la base du registre des familles comme le stipule l'article 4 de l'Ordonnance fédérale du 22 décembre 1980 sur les actes d'origine, la désigne sous le nom Huber. L'acte d'origine constitue la pièce de base pour l'enregistrement policier et les données qu'il contient sont ventilées dans divers services. Le passeport et la carte d'identité sont établis sous le nom inscrit dans le registre des familles (directives du Département fédéral de justice et police concernant l'Ordonnance du Conseil fédéral du 17 juillet 1959 sur les passeports). Ainsi donc, Anna Meier épouse Huber ne peut obtenir aucun document officiel la désignant sous le nom qu'elle porte légalement. Si cette dame devait justifier de son identité au Registre du commerce ou au Registre foncier, comment pourrait-elle faire constater le nom qu'elle porte régulièrement si tous ses papiers la désignent uniquement sous le patronyme Huber?

Indépendamment de cela, on peut sérieusement se demander si un administré a un intérêt digne de protection à être enregistré à une place sous le nom B et à une autre sous le nom A époux B. Les citoyens eux-mêmes ne sauront plus comment ils devront se présenter.

Le législateur fraie ainsi la voie conduisant au numéro d'identification qui seul intéressera les services officiels!

4. La commission du Conseil national s'est provisoirement prononcée en faveur d'une possibilité illimitée de choisir, contrairement à ce que prévoient les droits allemand et autrichien. Cela pourrait conduire à la longue à un ennoblissement des noms de famille suisses. Exemple: Hans Müller choisit avant son mariage avec Elisabeth von Wattenwyl de porter le nom de son épouse. Les enfants issus de cette union s'appellent von Wattenwyl. Le mariage est dissous et Hans von Wattenwyl né Müller convole en secondes noces avec Katharina Meier; l'épouse acquiert de par la loi le nom de son mari, à savoir von Wattenwyl. Il en est de même des enfants de ces conjoints. L'union n'est guère plus stable que la première et est également dissoute. Katharina von Wattenwyl née Meier épouse ensuite Karl Bünzli lequel ne s'est pas fait prier pour déclarer préalablement qu'il voulait porter le nom de sa femme, soit: von Wattenwyl. C'est aussi ce nom que portent les enfants nés de ce mariage.

Avec un droit illimité de choisir, les noms, institués dans un but social, pourraient se propager avec la bénédiction du législateur sans aucun lien de parenté avec leurs porteurs.

Nous ne pensons pas que cela soit le but visé par le législateur.

5. Dans la conception de la Commission du Conseil national, le droit au choix du nom présuppose que les deux fiancés déclarent vouloir porter le nom de l'épouse. En cas de désaccord, l'époux l'emporterait car la loi contraindrait sa femme à porter son nom (art. 160, al. 1 CCS).

6. Enfin, on ne peut pas ignorer qu'un droit de choisir assorti de ses correctifs («solutions de consolation») favorise un emploi abusif. Un époux pourrait contracter des emprunts sous divers noms ou même s'engager et, ce faisant, compliquer les éventuelles poursuites des créanciers.

*Proposition des autorités de l'état civil
(voir annexe)*

Les autorités de l'état civil aimeraient éviter ces effets peu réalistes et perturbateurs des

solutions présentées jusqu'à maintenant en formulant la proposition suivante:

B. Nom de famille

Art. 160

¹ Le nom de famille des époux est le nom du mari. Toutefois, ² la fiancée peut déclarer à l'officier de l'état civil vouloir continuer à porter le nom qu'elle portait jusqu'alors.

Motifs de la proposition

1. Le premier alinéa ne diffère en rien de celui contenu dans toutes les autres solutions. Il maintient la réglementation traditionnelle en vigueur actuellement et correspond au désir de la grande majorité de nos concitoyens.

2. L'alternative prévue au deuxième alinéa tient compte de façon conséquente et directe des principes de l'association de partenaires et de la protection du droit de la personnalité. En outre, des avantages importants découlent de cette solution.

2.1 La coercition tendant à l'abandon d'un nom liée à la possibilité de choisir ainsi que les correctifs «de consolation» mais propres à jeter la confusion n'existeraient pas.

2.2 Il n'y aurait aucune divergence entre le nom enregistré officiellement et celui porté effectivement.

2.3 La fiancée seule pourrait faire valoir son droit de la personne au sujet de son propre nom par déclaration devant l'officier de l'état civil. L'époux n'a pas à donner son consentement, car son propre droit de la personne à propos de son nom est respecté.

2.4 Le risque cité plus haut de voir notre patrimoine patronymique s'ennoblir serait inexistant.

Au surplus, une disposition complémentaire empêchant cette conséquence de la réglementation préconisée par la Commission du Conseil national ne ferait que compliquer les choses.

2.5 Notre proposition nous semble facilement compréhensible pour tous. On éviterait ainsi des discussions peu agréables entre des services officiels et des administrés au sujet de la forme du nom.

2.6 En ce qui concerne la tenue des registres, cette réglementation serait facile à assimiler.

Compte tenu du futur droit international privé suisse, elle pourrait même apporter quelques avantages aux autorités de l'état civil (voir chiffre suivant).

2.7 Le futur DIP suisse tendra à renvoyer à la législation du lieu de domicile. De ce fait, des époux seront inscrits dans nos registres de l'état civil sous des noms séparés puisque beaucoup de pays dont la France, l'Italie, l'Espagne, le Belgique et les Pays-Bas, pour ne citer que les plus proches, connaissent cette réglementation du nom. Or, si les officiers de l'état civils suisses ignorent la forme d'inscription des noms séparés, ils seront constamment en conflit avec le DIP suisse et se trouveront embarrassés par les éventuelles revendications parfaitement justifiées des Suisses de l'étranger.

Les officiers de l'état civil et les juges allemands se trouvent actuellement confrontés à des problèmes de droit international privé quasiment insolubles parce que le droit allemand tient au principe de l'unité du nom dans le mariage.

2.8 Avec la possibilité du nom séparé des époux, la nouvelle réglementation du Code civil pourra attendre en toute sérénité l'évolution en matière du droit du nom. L'unité du nom au sein de la famille va perdre sa prédominance au fur et à mesure que les principes de l'égalité des droits et de la protection du droit de la personne prendront de la valeur. L'évolution dans cette direction est évidente.

2.9 Mais des raisons historiques militent aussi en faveur de cette alternative. Avant l'entrée en vigueur du CCS, les droits cantonaux, influencés par le Code Napoléon, connaissaient cette réglementation. Elle appartient ainsi également à la tradition juridique suisse. Il est vraisemblable que, notamment, les cantons romands et le Tessin accueillent favorablement une telle alternative.

Nous admettons volontiers que notre proposition n'est pas inédite, ni même révolutionnaire. Presque tous les auteurs qui se sont exprimés au sujet du nom dans le futur droit du mariage au cours de ces dix dernières années sont arrivés à la conclusion que l'absence d'effets du mariage sur le nom des époux était la solution la plus conséquente, la plus claire et la plus

pratique. Cependant, elle n'aurait en ce moment aucune chance en tant que règle légale exclusive, mais pourrait fort bien, à notre avis, être admise comme alternative à la norme actuellement en vigueur. Le fait que précisément les autorités de l'état civil, attachées à la tradition, souscrivent unanimement à cette proposition constitue, à notre avis, un indice à ce propos.

3. Si notre proposition était acceptée, il faudrait alors modifier également l'article 270 CC qui traite du nom des enfants. C'est le nom des enfants issus de parents portant des noms séparés qui devrait être réglé. Voici notre suggestion:

A. Nom de famille

¹ L'enfant de conjoints porte le nom du père.

² L'enfant dont les parents ne sont pas mariés ensemble porte le nom de la mère.

Motifs de la proposition

1. Le fait que les enfants de conjoints portent par effet de la loi le nom du père ne correspond pas seulement à la tradition juridique suisse mais aussi et surtout à une recommandation juridique largement répandue.

Si le mariage est dissous et l'enfant attribué à la mère, l'unité du nom entre eux deux peut être établie par le biais du changement de nom. C'est pourquoi il est inutile de prévoir un droit d'option du nom pour les enfants, comme nous l'avons proposé subsidiairement au sujet du droit de cité. Un droit d'option du nom serait déroutant car la mère, au moment de la déclaration d'option, pourrait fort bien porter un autre nom que celui qui était le sien à l'époque de son mariage avec le père (changement de nom, nouveau mariage).

La jurisprudence du Tribunal fédéral en matière de changement de nom d'enfants concubins fait clairement ressortir que les enfants nés hors mariage ont un intérêt à être autorisés à porter le nom du père; ceci est d'autant plus valable pour les enfants issus du mariage.

2. Le deuxième alinéa correspond à celui actuellement en vigueur.

Les autorités de l'état civil connaissent par la pratique la portée des dispositions relatives au

nom dans la vie de tous les jours. Le nom est le signe éclatant d'identification d'une personne physique et un facteur d'ordre de première importance dans notre société.

Il faut donc s'efforcer de trouver une réglementation claire et sûre qui tienne compte non seulement de l'avis dominant aujourd'hui mais aussi de l'évolution future. C'est dans ce sens, Monsieur le Conseiller fédéral, que les autorités de l'état civil souhaiteraient agir.

Veillez agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre parfaite considération.

La lettre est signée par MM. Bernardo Lardi, conseiller d'Etat, au nom de la Conférence des autorités cantonales de surveillance, et Mario Gervasoni, président central, au nom de l'Association suisse des officiers de l'état civil.

Le nom des époux dans le futur droit du mariage (Art. 160 CCS)

Annexe à la lettre du 20 octobre 1982, adressé à Monsieur le conseiller fédéral Dr Kurt Furgler.

Solution du Conseil fédéral

¹ Le nom de famille des époux est le nom du mari.

² La femme est en droit de faire suivre le nom de famille du nom qu'elle portait jusqu'alors ou avant un précédent mariage, ou encore, de faire précéder son ancien nom à condition que le nom de famille demeure reconnaissable comme tel.

³ Si cela est nécessaire, le nom de famille de la femme figurera seul dans les registres officiels et sur les pièces de légitimation.

Solution du Conseil des Etats

¹ Le nom de famille des époux est le nom du mari.

² La femme est en droit de faire suivre le nom de famille du nom qu'elle portait jusqu'alors ou avant un précédent mariage, ou encore, de faire précéder son ancien nom à condition que le nom de famille demeure reconnaissable comme tel; l'époux possède les mêmes facultés si, avant le mariage, les fiancés ont été autorisés à porter le nom de la femme.

³ Toutefois, si cela est nécessaire, le nom de famille figurera seul dans les registres officiels et sur les pièces de légitimation.

*Nouvel alinéa 2 à l'article 30 CCS
relatif au changement de nom*

² La demande des fiancés tendant à être autorisés à porter le nom de l'épouse doit être acceptée s'il existe des motifs respectables.

*Solution de la Commission du Conseil national
(première lecture)*

¹ Le nom de famille des époux est le nom du mari.

² Les fiancés peuvent déclarer à l'officier de l'état civil vouloir porter comme nom de famille le nom de l'épouse.

³ L'époux dont le nom ne constitue pas le nom de famille est en droit d'ajouter au nom de famille le nom qu'il portait jusqu'alors ou de faire précéder son ancien nom à condition que le nom de famille demeure reconnaissable comme tel.

⁴ Toutefois, si cela est nécessaire, le nom de famille figurera seul dans les registres officiels et sur les pièces de légitimation.

Proposition des autorités de l'état civil

¹ Le nom de famille des époux est le nom du mari.

² Toutefois, la fiancée peut déclarer à l'officier de l'état civil vouloir continuer à porter le nom qu'elle portait jusqu'alors.

Nouvelle rédaction de l'article 270 CCS

¹ L'enfant de conjoints porte le nom du père.

² L'enfant dont les parents ne sont pas mariés ensemble porte le nom de la mère.

(Traduction: M. Perret, Lausanne)

Il diritto del nome nel futuro diritto matrimoniale

Bellinzona/Coira, 20 ottobre 1982

Onorevole Signor Consigliere federale,

In Occasione del colloquio che Ella ci ha concesso il 26 febbraio 1982 a Palazzo federale ci aveva invitato a studiare, oltre al problema del diritto di cittadinanza, quello del diritto del cognome degli sposi nel futuro diritto matrimoniale non essendo ancora stata proposta alcuna regolamentazione soddisfacente.

Vi abbiamo inviato il risultato delle nostre deliberazioni in merito al diritto matrimoniale il 2 settembre 1982. Ci permettiamo ora presentarvi una proposta di normativa per il cognome degli sposi e vi preghiamo di volerla esaminare con tutta benevolenza.

Preliminarmente ci preme dichiarare espressamente che sia la proposta del Consiglio federale che quella del Consiglio degli Stati non creano difficoltà in materia di stato civile. Tuttavia la pratica quotidiana ci autorizza a essere scettici; non crediamo che le soluzioni prospettate fino ad oggi possano contribuire alla sicurezza e alla chiarezza del diritto.

In merito alle soluzioni fino ad oggi note (vedi annesso)

1. Tutte le soluzioni hanno un primo capoverso comune secondo il quale il cognome del marito diventa, per forza di legge, il cognome dei coniugi. Questa normativa dà soddisfazione a più del 90 % delle coppie. Le esperienze fatte in Germania e in Austria lo dimostrano. Ma è pur vero che questa soluzione contrasta con l'articolo 4 capoverso 2 della Costituzione federale.

2. La nuova concezione paritaria dell'unione coniugale, così come la salvaguardia sempre più severa del principio per cui il cognome è da intendere quale diritto strettamente personale non si conciliano con il principio dell'unità del cognome dei coniugi. Se si opta per l'unità del nome occorre allora, tenuto conto della protezione della personalità e dei principi paritari, creare la possibilità di una scelta. Ma, proprio per queste stesse ragioni, si deve pure offrire al coniuge che soccombe nella scelta «soluzioni di consolazione»; egli deve poter aggiungere al cognome coniugale quello che aveva prima o innanzi a un matrimonio antecedente, o farlo figurare come primo rimarcando il fatto che è sposato. Facendo questo ci si allontana pertanto dal principio dell'unità del cognome coniugale nel matrimonio.

Cheché si pensi non è affatto possibile trovare una soluzione convincente e pratica che

tenga conto dei tre principi fondamentali. Le soluzioni proposte fino ad oggi danno la preminenza all'unità del nome. A che prezzo? Tentiamo qui di seguito di valutarlo.

3. Il diritto di scelta del nome con i suoi correttivi («soluzioni di consolazione») è manifestamente complicato. È per questo che tutte le soluzioni formulate fino ad oggi hanno limitato la portata di questa scelta nei contesti ufficiali prevedendo nell'ultimo capoverso quanto segue:

«Nei registri e nei documenti di legittimazione ufficiali è impiegato se del caso solo il cognome coniugale».

Con questa restrizione, dettata da ragioni pratiche, il legislatore è cosciente di creare una differenza fra il nome registrato ufficialmente e quello portato effettivamente. Egli crea quindi una certa confusione nella situazione di diritto relativa al nome, problema importante e che si pone quotidianamente. Chi decide sulla formulazione dubitativa «se del caso»? I servizi amministrativi medesimi, i commentatori o il giudice? Che motivazione può avanzare un'amministrazione se una persona si prevale del diritto della personalità? Ecco un esempio pratico: Anna Meier, sposata Huber, si premura di giustificare il suo nome presso un'amministrazione pubblica. Produce un atto d'origine del Controllo degli abitanti del suo comune di domicilio. Questo documento, rilasciato in base al registro delle famiglie come lo vuole l'articolo 4 dell'Ordinanza federale del 22 dicembre 1980 sugli atti d'origine, la designa sotto il nome di Huber. L'atto d'origine costituisce il documento base per la registrazione di polizia e i dati che esso contiene sono riportati nei diversi servizi. Il passaporto e la carta d'identità sono rilasciati sulla base del nome iscritto nel registro delle famiglie (direttive del Dipartimento federale di Giustizia e Polizia concernente l'Ordinanza del Consiglio federale del 17 giugno 1959 sui passaporti). Così dunque Anna Meier, sposata Huber, non può ottenere alcun documento ufficiale che la designa sotto il nome che essa porta legalmente. Se questa signora dovesse giustificare la sua identità al registro di commercio o al registro fondiario come potrebbe far constatare il nome che porta regolarmente se tutti i suoi documenti la designano unicamente sotto il cognome Huber?

Indipendentemente da ciò ci si può seriamente chiedere se un amministrato ha un interesse degno di protezione a essere registrato in un posto sotto il nome B. e in un altro sotto il nome A., sposato B. I cittadini medesimi non sapranno più come devono presentarsi. Ciò facendo il legislatore spiana la via che conduce al numero di identificazione, che solo interesserà i servizi ufficiali!

4. La Commissione del Consiglio Nazionale si è provvisoriamente pronunciata a favore di una possibilità illimitata di scelta, contrariamente a ciò che prevedono i diritti germanici e austriaci. Ciò potrebbe condurre a lungo termine a una «nobilizzazione» dei cognomi svizzeri. Esempio: Hans Müller sceglie prima del suo matrimonio con Elisabeth von Wattenwyl di portare il cognome di sua moglie. I figli nati da questa unione si chiamano von Wattenwyl. Il matrimonio viene sciolto e Hans von Wattenwyl, nato Müller, sposa in seconde nozze Caterina Meier; la moglie acquista per legge il cognome di suo marito, ovvero von Wattenwyl. Lo stesso vale per i figli di questi coniugi. Pure questo matrimonio viene sciolto. Caterina von Wattenwyl, nata Meier, sposa in seguito Karl Bünzli il quale non si fa pregare per dichiarare di voler portare il cognome di sua moglie, ossia von Wattenwyl.

Sarà questo pure il cognome che portano i figli nati dal matrimonio.

Con un diritto illimitato di scelta, i cognomi, istituiti in un ben preciso contesto sociale, potrebbero propagarsi relativamente in fretta con la benedizione del legislatore senza alcun nesso di parentela tra gli aventi lo stesso cognome. Non pensiamo che ciò rientri nella volontà del legislatore.

5. Nella concezione della Commissione del Consiglio Nazionale il diritto alla scelta del nome presuppone che i due fidanzati dichiarano di voler portare il cognome della sposa. In caso di disaccordo il marito la spunterebbe perchè la legge costringerebbe la moglie a portare il suo cognome (art. 160 cpv. 1 CCS).

6. Infine non si può ignorare in un giudizio critico che un diritto di scelta, con tutti i suoi correttivi («soluzioni di consolazione») favorisce l'impiego abusivo. Un coniuge potrebbe contrarre dei prestiti sotto diversi cognomi, come pure impegnarsi in un modo o nell'altro

e, ciò facendo, complicare le eventuali azioni dei suoi creditori.

*Proposta delle Autorità di stato civile
(vedi annesso)*

Le autorità di stato civile preferirebbero evitare queste conseguenze poco realistiche e perturbatrici delle soluzioni presentate fino ad ora formulando la proposta seguente:

B. Cognome

Art. 160

¹ Il cognome coniugale è quello del marito.

² Tuttavia la moglie può dichiarare all'Ufficiale dello stato civile di voler mantenere il cognome che aveva in precedenza.

Motivazione della proposta

1. Il primo capoverso è identico a quello di tutte le altre soluzioni. Esso conferma la regolamentazione tradizionale in vigore attualmente e corrisponde al desiderio della grande maggioranza dei nostri cittadini.

2. L'alternativa preposta al secondo capoverso tiene conto in modo conseguente e diretta dei nuovi principi paritari e della protezione del diritto della personalità.

Inoltre questa soluzione ha i seguenti importanti vantaggi:

2.1 La coercizione tendente all'abbandono di un cognome legata alla possibilità di scegliere dei correttivi «di consolazione» tali da creare solo motivo di confusione non esisterebbe più.

2.2 Non vi sarebbe alcuna divergenza fra il cognome registrato ufficialmente e quello portato effettivamente.

2.3 Solo la moglie potrebbe far valere il suo diritto della personalità per il proprio cognome con dichiarazione davanti all'ufficiale dello stato civile. Il marito non deve domandare il suo consenso perchè il suo diritto della personalità in merito al cognome è rispettato.

2.4 Il rischio citato più sopra di vedere il nostro patrimonio dei nomi «nobilizzarsi» sarebbe precluso.

Del resto una disposizione complementare intesa a impedire questa conseguenza della regolamentazione del nome preconizzata dalla Commissione del Con-

siglio Nazionale non farebbe che complicare le cose.

2.5 La nostra proposta appare facilmente comprensibile per tutti. Si eviterebbero così discussioni poco simpatiche fra i servizi ufficiali e gli amministrati in merito alla portata del nome.

2.6 Per quanto concerne la tenuta dei registri questa regolamentazione sarebbe facile da assimilare. Tenuto conto del futuro diritto internazionale privato svizzero, essa potrebbe altresì apportare vantaggi alle autorità di stato civile (vedi cifra seguente).

2.7 Il futuro diritto internazionale privato svizzero tenderà al rinvio alla legislazione del luogo di domicilio. Per questo fatto capiterà che dei coniugi saranno iscritti nei nostri registri di stato civile con cognomi separati perchè molti Paesi, fra i quali la Francia, l'Italia, la Spagna, il Belgio e l'Olanda, per non citare che i più vicini, conoscono questa regolamentazione del cognome. Orbene se gli ufficiali dello stato civile svizzeri ignorano la forma d'iscrizione dei cognomi separati, essi saranno costantemente in conflitto con il diritto internazionale privato svizzero e si troveranno imbarazzati dalle eventuali rivendicazioni perfettamente giustificate degli svizzeri all'estero.

Gli ufficiali dello stato civile e i giudici germanici si trovano attualmente confrontati con problemi di diritto internazionale privato pressochè insolubili perchè il diritto germanico ha assunto il principio dell'unità del cognome nel matrimonio.

2.8 Con la possibilità del cognome separato dei coniugi la nuova regolamentazione del Codice civile potrà attendere in tutta serenità l'evoluzione in materia del diritto del nome. L'unità del nome in seno alla famiglia sta perdendo la sua preminenza nella stessa misura in cui i principi dell'eguaglianza dei diritti e della protezione del diritto della personalità aumenteranno di valore. L'evoluzione in questa direzione è evidente.

2.9 Ma pure ragioni storiche militano a favore di questa alternativa. Prima dell'entrata in vigore del CCS i diritti cantonali, influenzati dal codice napoleonico, conoscevano questa regolamentazione. Essa appartiene quindi pure alla tra-

dizione giuridica svizzera. È verosimile che, in particolare, i cantoni romandi e il Ticino accolgano favorevolmente una simile alternativa.

Ammettiamo volentieri che la nostra proposta non è né nuova né rivoluzionaria. Così tutti gli autori che si sono espressi al riguardo del nome nel futuro diritto matrimoniale nel corso di questi ultimi dieci anni sono arrivati alla conclusione che l'assenza di effetti del matrimonio sul nome dei coniugi era la soluzione la più coerente, la più chiara e la più pratica. Tuttavia essa non avrebbe in questo momento alcuna possibilità di affermarsi quale norma legale esclusiva, ma potrebbe benissimo, a nostro giudizio, essere ammessa quale alternativa alla norma attualmente in vigore. Il fatto che le autorità di stato civile, particolarmente legate alla tradizione, sottoscrivano unanimemente questa proposta è sicuramente molto significativo.

3. Se la nostra proposta fosse accettata occorrerebbe modificare pure l'articolo 270 CCS, che tratta il cognome dei figli. Ecco al riguardo la nostra proposta:

A. Cognome

Art. 270

¹ Se i genitori sono uniti in matrimonio il figlio ne assume il cognome.

² Se i genitori non sono uniti in matrimonio il figlio assume il cognome della madre.

Motivazione della proposta

1. Il fatto che i figli di genitori uniti in matrimonio portino in forza di legge il cognome del padre non corrisponde unicamente a una tradizione giuridica svizzera ma pure e soprattutto a una raccomandazione giuridica largamente diffusa. Se il matrimonio è sciolto e il figlio è attribuito alla madre, l'unità del nome fra loro può essere stabilita secondo la procedura del cambiamento di nome. È per questo che è inutile di prevedere un diritto d'opzione del nome per i figli, come l'abbiamo proposto sussidiariamente in merito al diritto di cittadinanza. Un diritto d'opzione del nome sarebbe motivo di disordine perché la madre, al momento della dichiarazione d'opzione, potrebbe benissimo portare un altro cognome di quello che era il suo al momento del suo

matrimonio con il padre (cambiamento di nome, nuovo matrimonio).

La giurisprudenza del Tribunale federale in materia di cambiamento di nome dei figli concubini indica chiaramente che i figli nati fuori matrimonio hanno un interesse a essere autorizzati a portare il nome del padre; ciò che è a maggior ragione valevole nel caso di figli nati in costanza di matrimonio.

2. Il secondo capoverso corrisponde a quello attualmente in vigore. Le autorità di stato civile conoscono dalla pratica la portata delle disposizioni relative al nome nella vita quotidiana. Il nome è il mezzo di identificazione di una persona fisica e un fattore d'ordine di prima importanza nella nostra società.

Occorre dunque sforzarsi di trovare una regolamentazione chiara e sicura che tenga conto non soltanto dell'avviso preminente d'oggi-giorno ma pure dell'evoluzione futura. È in questo senso, Onorevole Signor Consigliere federale, che le autorità di stato civile intendono apportare un costruttivo contributo e sottoporre questa loro proposta al suo esame critico.

La lettera è firmata dal dott. Bernardo Lardi, Consigliere di Stato, a nome della Conferenza delle autorità cantonali di vigilanza e dal dott. Mario Gervasoni, presidente dell'Associazione svizzera degli ufficiali dello stato civile.

Il cognome del coniugi nel futuro diritto matrimoniale (art. 160 CCS)

Annesso alla lettera 20 ottobre 1982, indirizzata all'Onorevole Consigliere federale dott. Kurt Furgler.

Soluzione del Consiglio federale

¹ Il cognome coniugale è quello del marito.

² A questo cognome la moglie può aggiungere, o anteporre con un accenno al matrimonio, quello che aveva prima o innanzi a un matrimonio antecedente.

³ Nei registri e nei documenti di legittimazione ufficiali è impiegato se del caso solo il cognome coniugale.

Soluzione del Consiglio degli Stati

¹ Il cognome coniugale è quello del marito.

² A questo cognome la moglie può aggiungere, o anteporre con un accenno al matri-

monio, quello che aveva prima o innanzi a un matrimonio antecedente; uguale facoltà spetta al marito se ai coniugi è stato concesso, prima del matrimonio, di portare il cognome della moglie.

³ Nei registri e nei documenti di legittimazione ufficiali è impiegato se del caso solo il cognome coniugale.

*Nuovo capoverso 2 all'articolo 30 CCS
concernente il cambiamento di nome*

² L'istanza dei coniugi intesa a ottenere a portare il cognome della moglie dev'essere accolta se esistono giustificati motivi.

*Soluzione della Commissione del
Consiglio Nazionale (prima lettura)*

¹ Il cognome coniugale è quello del marito.

² I coniugi possono dichiarare all'ufficiale dello stato civile di voler portare quale cognome coniugale il cognome della moglie.

³ Il coniuge, il cui cognome non costituisce il cognome coniugale può aggiungere o anteporre con un accenno al matrimonio, quello che aveva prima o innanzi a un matrimonio antecedente.

⁴ Nei registri e nei documenti di legittimazione ufficiali è impiegato se del caso solo il cognome coniugale.

Proposta delle autorità di stato civile

¹ Il cognome coniugale è quello del marito.

² La moglie può tuttavia dichiarare all'ufficiale dello stato civile di voler continuare a portare il cognome che aveva in precedenza.

Nuova formulazione dell'articolo 270 CCS

¹ Se i genitori sono uniti in matrimonio, il figlio assume il cognome del padre.

² Se i genitori non sono uniti in matrimonio, il figlio assume il cognome della madre.

 Das Namensrecht in Europa - Summarischer Ueberblick

Frau übernimmt den Familiennamen des Mannes	Kinder	Frau behält ihren angestammten Familiennamen	Kinder
Schweiz Monaco	wie Vater wie Vater	Spanien Portugal	Doppelname von Vater und Mutter
Frau führt offiziell ihren angestammten Familiennamen, bzw. Doppelname, im täglichen Leben trägt sie aber den Namen des Mannes	Kinder	Freigewählter einheitlicher Familienname des Mannes oder der Frau	Kinder
Frankreich Luxemburg Belgien Italien	wie Vater wie Vater wie Vater wie Vater	Deutschland Oesterreich	gewählter Familienname
Frau übernimmt normalerweise den Namen des Mannes, darf jedoch unter bestimmten Bedingungen *) ihren angestammten Familiennamen beibehalten (Doppelname, z.T. unter Voranstellung des angestammten Namens)	Kinder	Ehegatten wählen entweder den Namen des Mannes oder der Frau als Familiennamen oder aber jedes behält seinen eigenen Familiennamen	Kinder
England Holland Türkei Griechenland Finnland	wie Vater wie Vater wie Vater wie Vater wie Vater	Norwegen Schweden Dänemark	gewählter Familienname oder Name des Vaters oder der Mutter

*) z.B. Erklärung/Antrag der Frau allein, bzw. des Ehemannes, bzw. der Ehegatten gemeinsam u.ä.

Die Tätigkeit der Eidg. Kommission für Frauenfragen im Jahre 1982

Kein spezielles Jahr für die Frauen, so könnte man meinen: kein Abstimmungskampf, kein politischer Entscheid (zumindest auf eidgenössischer Ebene), der für die Frauen von historischer Bedeutung gewesen wäre. Für die Kommission für Frauenfragen aber doch ein Jahr, in welchem ein paar Früchte reif wurden: Teil II des Berichtes über die Stellung der Frau in der Schweiz, der Bericht über Gewalt an Frauen in der Schweiz, das Rechtsetzungsprogramm zur Gleichstellung von Frau und Mann auf Bundesebene - sie alle konnten der Öffentlichkeit vorgestellt und den zuständigen Bundesstellen überreicht werden.

Das Eintreten für die Interessen der Frauen ist immer noch nötig. Der Anspruch von Art. 4 Abs. 2 der Bundesverfassung (BV) auf Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Schweiz realisiert sich nicht von selbst. Ueber die Tragweite und den Inhalt der "Gleichberechtigung" in manchen Bereichen ist man sich noch nicht einig. Die Arbeit der Kommission ist deshalb keineswegs gegenstandslos geworden. Die Zeit der Detailarbeit hat begonnen. Die Kommission wünscht sich, von den zuständigen Aemtern dazu herangezogen zu werden und ist bereit, im Rahmen des ihr Möglichen dabei mitzuarbeiten.

1 Sitzungen

11 Plenarsitzungen

Die Kommission fand sich 1982 zu fünf Plenarsitzungen zusammen, darunter zu einer zweitägigen in Spiez (25.2./20.4./9.6./22.-23.9./24.11.). Auf den Traktandenlisten figurierten die Verabschiedung der Einleitung zum Leitbild für die Kommissionsarbeit, das in der letzten

Sitzung des Jahres 1981 beschlossen worden war; die Beratung des Kataloges der Rechtsungleichheiten und des Rechtsetzungsprogrammes; das Aufstellen eines Konzeptes für den Teil IV des Berichtes über die Stellung der Frau in der Schweiz sowie einer aktualisierten Gesamtpublikation der bisherigen Berichte über die Stellung der Frau. Weiter sprach sich die Kommission zum Vorentwurf eines Bundesgesetzes über die Aenderung der Militärordnung aus und verabschiedete zu Händen des Bundesamtes für Sozialversicherung einen Beitrag zum Botschaftsentwurf über die Initiative "für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft". Im September nahm sich die Kommission Zeit, sich ausführlich über die verschiedenen Bereiche der Sicherheitspolitik in der Schweiz sowie die bereits angelaufene Diskussion über den Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung informieren zu lassen.

12 Vertretungen

Die Kommission war durch ihre Mitarbeit in folgenden Gremien vertreten:

- 'Arbeitsgruppe Familienpolitik' des Bundesamtes für Sozialversicherung - sie publizierte im Oktober den Bericht über eine Familienpolitik in der Schweiz;
- 'Sonderkommission für die 10. AHV-Revision' - sie befasst sich mit der Verbesserung der Stellung der Frauen im Rahmen von AHV/IV sowie mit den Möglichkeiten eines flexiblen Rentenalters;
- 'Studiengruppe für die Vorbereitung der Vernehmlassung über den Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung' - sie lieferte ihren Bericht dem Stab für Gesamtverteidigung ab.

2 Mitteilungsblatt und Dokumentationsstelle

21 "F-Frauenfragen"

Trotz gutem Willen, das Publikationsorgan der Kommission attraktiver und handlicher zu gestalten, hat es sich nur minimal verändert. Es zeigte sich, dass jede andere Aufmachung mit mehr Aufwand verbunden wäre, der im Rahmen der normalen Tätigkeiten des Sekretariates nicht zu erbringen ist. Anders ist nun die Farbe des Titelblattes, die Schrift und das Papier. Beim Inhalt soll in Zukunft auf möglichst vollständige Uebersetzung der Beiträge geachtet werden. In einer neuen Rubrik erscheinen die frauenrelevanten Vorgänge in den Kantonen, die uns von Korrespondentinnen übermittelt werden; versucht wird daneben, über die Realisierung des Grundsatzes "Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit" zu orientieren. Die erste Nummer des Berichtsjahres enthielt neben dem Leitbild der Kommission und deren Tätigkeitsbericht 1981 einen Beitrag über das bislang einzige kantonale Büro für Frauenfragen in Delémont, Artikel zur wirtschaftlichen Situation der Frauen in der Schweiz, eine Ergänzung zum Begriff der Versorgungsunabhängigkeit von Frau und Mann; in 2/82 wurde der Bericht über Gewalt an Frauen publiziert; die letzte Nummer des Jahres schliesslich umriss in verschiedenen Beiträgen die Tragweite des Lohngleichheitssatzes in der Verfassung und nahm die Diskussion über den Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung auf.

"F-Frauenfragen" wird in einer Auflage von 3'500 Exemplaren gedruckt.

22 Dokumentationsstelle für Frauenfragen

Grosses Interesse weckte die monatlich zusammengestellte Pressemappe. Wiederum konnten die wichtigsten Sachbuch-Neuerscheinungen zu Frauenfragen angeschafft werden. Ausserdem - was vielleicht zu wenig bekannt ist - führt die Dokumentationsstelle die wichtigsten Frauenzeitschriften aus der Schweiz, einige ausländische Hefte sowie Periodika zu "Women's Studies".

3 Berichte

31 Biographien und Rollennorm

In diesem zweiten Teil der Berichte über die Stellung der Frau in der Schweiz wurde versucht, die unterschiedlichen tatsächlichen Biographieverläufe von Frauen an der traditionellen Frauenbiographie zu messen; dies als Ergänzung zu Teil I, der die mehr quantitativen Aspekte der weiblichen Teilnahme am öffentlichen Leben, und zu Teil III, der die rechtliche Situation der Frauen dargelegt hatte. Mit weit mehr privaten Identifikationsmöglichkeiten versehen als die beiden vorangegangenen Berichte und an sehr persönliche Probleme jedes Einzelnen rührend, vermochte dieser Bericht in den Parteien, den Frauenorganisationen, den Institutionen des öffentlichen Lebens und auch unter Einzelnen heftige Diskussionen und Kontroversen auszulösen. Ein wichtiges Ziel speziell dieses Berichtes, aber auch der Kommissionsberichte allgemein wurde damit erreicht: zu bewegen, zum Nachdenken anzuregen, gewisse Probleme überhaupt erst als Probleme erkennbar zu machen. Für die Weiterarbeit der Kommission sind sowohl die zustimmenden als auch die ablehnenden Aeusserungen wichtig.

32 Gleiche Rechte für Mann und Frau

Rechtzeitig zum ersten Jahrestag der Verankerung der Gleichberechtigung in der Bundesverfassung konnten der Öffentlichkeit eine aktuelle und präzise Auflistung der noch bestehenden, Mann und Frau ungleich behandelnden Normen im Bundesrecht, eine Uebersicht über die laufenden Revisionsbestrebungen sowie die Revisionsvorschläge der Kommission vorgelegt werden. Damit ist eine Vorarbeit für die Erfüllung der Motion der Eidgenössischen Räte erbracht, die den Bundesrat auffordert, auf Bundes- und Kantonsebene das ihm Mögliche zur Realisierung der Gleichbehandlung der Geschlechter vorzukehren. Das für die Weiterarbeit zuständige Justiz- und Polizeidepartement hat die Vorschläge der Kommission entgegengenommen, ohne sich auf deren Einzelheiten festlegen zu wollen.

33 Gewalt an Frauen in der Schweiz

Im Bulletin der Kommission wurde der aufgrund des von Nationalrätin Heidi Deney eingereichten Postulates verfasste Bericht über die Gewalt an Frauen in der

Schweiz publiziert. Bereits aufgrund der wenigen, aber deshalb nicht weniger erschütternden Zahlen, wühlte er auf, machte betroffen, auch betreten. Im Bericht wurde ansatzweise versucht, auch auf die Gewalt im Alltag, der die Frauen unterworfen sind, hinzuweisen sowie auf die Verantwortung, die jedermann dafür trägt.

4 Stellungnahmen

41 Vorentwurf zu einem Bundesgesetz über die Aenderung der Militärordnung

Die Kommission hat bis heute die Grundsatfrage des militärischen Frauendienstes nie einlässlich diskutiert. Bereits in Teil I der Berichte über die Stellung der Frau in der Schweiz wurde Kritik an der heutigen Einteilung des Frauendienstes unter die Hilfsdienste der Armee geübt. Die Kommission begrüsst daher die vorgeschlagene Aufwertung dieses Dienstes durch deren Lösung aus dem Hilfsdienst, die Umbenennung in militärischen Frauendienst (MFD) und die Zuerkennung eines eigenen Statuts. Immerhin wies sie darauf hin, dass bei der Ausarbeitung dieses Statuts, in dem ja auch die "spezifischen Eigenschaften der Frauen" beachtet werden sollen, die betroffenen Frauen selbst darüber Auskunft geben müssen, welche Aufgaben sie sich in einem militärischen Frauendienst zumuten wollen.

Im weiteren äusserte sich die Kommission bezüglich der vermehrten Besetzung von Kaderstellen im Zivilschutz durch Offiziere. Dies könnte sich negativ auf die Motivation zum freiwilligen Beitritt - der ja Frauen möglich ist - auswirken, weil damit die Aussichten sinken, als Zivilperson jemals Kaderfunktionen im Zivilschutz ausüben zu können.

Die Kommission befürwortet hingegen den Vorschlag, künftig Auslandeinsätze, die im Rahmen z.B. des Katastrophenhilfskorps geleistet werden, an die Militärdienstpflicht anzurechnen.

42 Botschaft zur Initiative "für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft"

Auf Einladung des federführenden Bundesamtes für Sozialversicherung konnte die Kommission bereits in einem frühen Stadium zur Anlage der Botschaft Stellung nehmen. Nach gründlicher Prüfung der Vorlage kam sie zum Schluss, die Postulate der Initiative seien grundsätzlich

zu unterstützen. Sie stellte fest, die bereits im Rahmen der Revision KVG vorgeschlagenen Mutterschutzbestimmungen könnten lediglich als vorläufige Minimalregelung betrachtet werden, ersetzen jedoch nicht die Schaffung eines gesonderten Zweiges der Sozialversicherung. Die Kommission befürwortete die Möglichkeit eines Elternurlaubes, für dessen Dauer ein (plafoniertes) Familieneinkommen garantiert, der Kündigungsschutz aufrecht erhalten und die durch das Arbeitsverhältnis erworbenen Rechte bewahrt würden. Um zu vermeiden, dass durch einen Elternurlaub - der ja in erster Linie für Eltern mit relativ bescheidenen Einkommen, die sich aus finanziellen Gründen nicht leisten können ein Jahr lang zu Hause beim Kind zu bleiben und auf das zusätzliche Einkommen des Betreuers zu verzichten, gedacht ist - vor allem die Frauen im gebärfähigen Alter auf dem Arbeitsmarkt geschwächt wird, müssen flankierende Massnahmen zur Stärkung der Position der weiblichen Arbeitskräfte - wie sie die Kommission in den Berichten I und II formuliert hatte - vorgesehen werden. Die Kommission betonte nochmals, wie wichtig es ist, den Mutterschutz von der Krankenversicherung zu lösen und in einem auf der Basis von Solidaritätsleistungen getragenen Sozialwerk aufzunehmen.

43 Straf- und Massnahmenvollzug an Frauen

Dem Vorschlag des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes, auf Gesuch hin beim Straf- und Massnahmenvollzug an Frauen die verschiedenen Vollzugskategorien Zuchthaus, Gefängnis, Haft, Verwahrung und Arbeitserziehung entgegen der Gesetzesvorschrift zu mischen, konnte zugestimmt werden. Dies vor allem aus der Ueberlegung, dass damit ein dezentraler Vollzug für Frauen in den verschiedenen Sprachgebieten möglich würde - während heute noch in Hindelbank auch Frauen aus der Westschweiz, dem Tessin und der Ostschweiz eingewiesen werden. An die Bewilligung sollten jedoch hohe Anforderungen gestellt werden, so dass nicht die härteste Strafe den Massstab für den Vollzug an allen übrigen Häftlingen abgibt und trotz Aufhebung der Abteilungen das Konzept des individuellen Vollzugs nicht gefährdet wird.

5 Verschiedenes

51 Hearing zur Sicherheitspolitik

Als Vorbereitung für ihre im Jahre 1983 zu erarbeitende Stellungnahme betreffend Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung hat sich die Kommission einlässlich über die verschiedenen Komponenten der Sicherheitspolitik informieren lassen. Während zweier Tage hatten Vertreterinnen und Vertreter aus dem zivilen und militärischen Bereich der Gesamtverteidigung, der Friedensbewegung und Friedensforschung Gelegenheit, ihre Überlegungen, Konzepte und Strategien zur Sicherung des Friedens darzulegen. Im weiteren nahm die Kommission Ausführungen zur heutigen verfassungsrechtlichen Situation und über die Abklärung der Wünschbarkeit eines sog. "Nationaldienstes" durch den Bund Schweizerischer Frauenorganisationen" und eine unabhängige westschweizerische Arbeitsgruppe zur Kenntnis. Die Kommission wird diese Informationen auswerten und diskutieren.

52 Handbuch der Beratungsstellen für Frauen

Die Mitte Jahr begonnene Umfrage über Beratungsstellen für Frauen brachte reichhaltiges Material und viele Informationen zu Tage, die in einem nächsten Schritt aufbereitet und vervollständigt werden müssen.

53 Lexikon "Ausgelaugt bis Zärtlichkeit"

Das 1981 herausgegebene Lexikon "Ausgelaugt bis Zärtlichkeit - Fakten zur Emanzipation von Frau und Mann" wird weitergeführt. Die veröffentlichten Daten werden überprüft und auf den neuesten Stand gebracht, es werden neue Fakten gesammelt und in losen Blätter publiziert.

54 Hearing zur Gesundheitssituation der Frauen

Der Geschäftsausschuss - der sich in der Regel einmal pro Monat trifft - hat sich zusammen mit einigen interessierten Kommissionsmitgliedern im Zusammenhang mit der Beantwortung des immer noch pendenten Postulates Josi Meier (in dem der Bundesrat eingeladen wird, "eine umfassende Studie durchführen zu lassen über die Aktivitätsperiode der Frau, besonders über die

physischen und psychischen Voraussetzungen ihrer Vielfachbelastung in Haushalt, Kinderbetreuung und Beruf, sowie über deren vielfältige Auswirkung auf ihre Gesundheit und Lebenserwartung") von Vertretern aus der Sozial- und Präventivmedizin über die spezielle Gesundheitssituation der Frauen ins Bild setzen lassen.

55 Uebrig

Neu nahm der Ausschuss in loser Form den Dialog mit der Eidgenössischen Kommission für Jugendfragen auf.

* * *

Programm 1983

1 Teil IV des Berichtes über die Stellung der Frau in der Schweiz

Nachdem 1982 das Konzept zu diesem letzten Teil der Berichterstattung an den Bundesrat verabschiedet worden ist, soll die Publikation im kommenden Jahr fertiggestellt und womöglich der Öffentlichkeit vorgestellt werden. Vorgeesehen sind ein Blick auf die Geschichte der Frauenbewegung, auf die Frauenorganisationen heute, auf die Entwicklung der Frauenfrage in der öffentlichen Diskussion. Dabei soll auch untersucht werden, ob und in welchem Ausmasse die Teilnahme der Frauen an der Politik die "Angelegenheiten aller" zu verändern vermochten, welcher Platz den Frauen qualitativ und quantitativ in den Parteien, Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen usw. und in den Medien eingeräumt wird. Schliesslich soll versucht werden, auf der Grundlage dieser Bestandesaufnahme Folgerungen zu ziehen und das Vorgehen für die Weiterarbeit zu planen.

2 Handbuch über Beratungsstellen für Frauen

Die Arbeiten am Handbuch über die Beratungsstellen werden weitergeführt. Es gilt nun, das Material zu sichten, zu ordnen, zu kommentieren und zu vervollständigen. Mitte Jahr sollte die Uebersicht in handlicher Form vorliegen.

3 UNO-Weltaktionsplan zur Besserstellung der Frau

Gleich nach Beendigung der UNO-Weltfrauenkonferenz 1980 hatte die Kommission versprochen, den Weltaktionsplan auf die schweizerischen Verhältnisse zurechtzuschneiden und dessen Realisierung in Gang zu setzen. Seither analysierte sie die einzelnen Postulate und wies sie den zuständigen Adressaten zu. In den kommenden Wochen wird sie sich mit der Frage an sie wenden, was in ihrem Bereich bereits erreicht wurde, was im Gange ist und wie die Pläne für die Realisierung stehen. Die Resultate dieser Umfrage sollen als Vorbereitung der nächsten UNO-Weltfrauenkonferenz von 1985 in einer Publikation zusammengefasst werden.

4 Gesundheitszustand der Frau

Auf der Grundlage der von Mitarbeitern des Instituts für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich beantworteten Fragen soll ein kurzer Bericht zum Gesundheitszustand der Frau zusammengestellt werden, der nicht nur den Mitgliedern des Sonderausschusses für die 10. AHV-Revision zugestellt wird, sondern auch als Vorarbeit zur Erfüllung des Postulates Josi Meier dienen kann.

5 Stellungnahme zum Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung

Die Kommission wird sich im Verlaufe des nächsten Jahres konkret mit den Fragen befassen, die ein allfälliger Einbezug der Frauen in die Gesamtverteidigung stellt. Der Bericht der Arbeitsgruppe Meyer über das Vernehmlassungsverfahren zur Studie Weitzel soll sorgfältig diskutiert werden. Die Kommission wird - nachdem sie sich schon im laufenden Jahr über die Zusammenhänge hat ins Bild setzen lassen - ihre Stellungnahme im Zusammenhang mit weiteren Überlegungen zur Sicherheitspolitik und zur Sicherung des internationalen Friedens formulieren.

6 Lexikon

Das im Jahre 1981 im Hinblick auf die Abstimmung zum Verfassungsartikel zusammengestellte Lexikon zu Fragen der Gleichberechtigung soll im nächsten Jahr neu überarbeitet, ergänzt und auf französisch übersetzt werden. Es hat sich als handliches und nützliches Nachschlagewerk erwiesen.

7 "F-Frauenfragen"

Von selbst versteht sich, dass auch 1983 das Bulletin weiter produziert werden wird. Es bildet einen wichtigen Verbindungsstrang zwischen den Arbeiten der Kommission und der interessierten Öffentlichkeit.

8 Aktuelles

Last but not least: Im kommenden Jahr werden besonders im Parlament für Frauen bedeutsame Fragen erörtert werden (Eherecht, Mutterschaftsversicherung, Bürgerrecht usw.). Die Kommission wird sich erlauben, sich bei Gelegenheiten in die Diskussion einzumischen, wie sie das bereits bis anhin zu tun pflegte.

L'activité en 1982 de la Commission fédérale pour les questions féminines

A première vue, une année sans grande importance pour les femmes: pas de scrutin populaire, pas de décision politique d'importance historique pour les femmes (du moins sur le plan fédéral). Mais néanmoins une année marquée par l'aboutissement de quelques travaux entrepris par la commission: la deuxième partie du rapport sur la situation de la femme en Suisse, le rapport sur le problème des femmes maltraitées, le programme législatif pour l'égalité des droits entre hommes et femmes sur le plan fédéral, autant de documents qui ont pu être présentés à l'opinion publique et remis aux organes fédéraux compétents.

La défense des intérêts des femmes demeure une tâche de tous les jours. L'égalité des droits entre hommes et femmes selon l'article 4 alinéa 2 de la constitution fédérale ne va pas de soi. Dans bien des secteurs, on ne s'est pas encore mis d'accord sur la portée et le contenu de cette égalité. C'est pourquoi la commission n'est pas au bout de sa tâche. Il s'agit maintenant d'entrer dans les détails, et la commission, disposée à collaborer dans toute la mesure de ses moyens, espère que les services concernés l'associeront à leurs travaux.

1 Séances

11 Séances plénières

La commission a tenu cinq séances plénières, dont une de deux jours à Spiez (25.2./20.4./9.6./22-23.9./24.11.). Au cours de ces séances, elle a notamment approuvé un document servant d'introduction aux idées directrices du travail de la commission, dont l'élaboration avait

été décidée lors de la dernière séance de 1981; elle a étudié la catalogue des inégalités juridiques, ainsi que le programme législatif, et établi les grandes lignes de la quatrième partie du rapport sur la situation de la femme en Suisse, ainsi que d'une édition actualisée de l'ensemble des rapports partiels sur la situation de la femme en Suisse publiés jusqu'à ce jour. La commission a également donné son avis sur l'avant-projet de loi fédérale modifiant l'organisation militaire et fait parvenir à l'Office fédéral des assurances sociales une contribution à la rédaction du projet de message sur l'initiative populaire "pour une protection efficace de la maternité". En septembre, elle s'est fait informer de manière approfondie sur la politique de sécurité et sur les premiers résultats du débat concernant l'intégration des femmes dans la défense générale.

12 Délégations

Des membres de la commission ont siégé dans les organismes suivants:

- 'Groupe de travail pour la politique familiale' de l'Office fédéral des assurances sociales - il a publié en octobre le rapport sur une politique familiale en Suisse;
- 'Commission spéciale pour la 10e révision de l'AVS' - elle étudie les moyens d'améliorer la situation des femmes dans le régime de l'AVS/AI et d'assouplir les règles relatives à l'âge de la retraite;
- 'Groupe d'étude pour la préparation de la consultation sur l'intégration des femmes dans la défense générale' - il a remis son rapport à l'état-major de la défense.

2 Bulletin d'information et service de documentation

21 "F-Questions au féminin"

L'aspect du bulletin d'information n'a pas beaucoup changé, malgré toute la bonne volonté mise à rechercher les moyens permettant de le rendre plus attrayant et plus pratique. La raison en est que toute autre présentation aurait accru le travail du secrétariat dans une mesure dépassant largement ses possibilités. Ce qui a changé, ce sont la couleur de la couverture, les caractères et le papier. En ce qui concerne le contenu, le secrétariat s'efforcera de traduire tous les articles. Une nouvelle rubrique a fait son apparition: la liste des interventions sur des questions féminines dans les parlements cantonaux, qui est établie à partir des renseignements fournis par des correspondantes. En outre, la rédaction essaie d'informer sur l'application du principe "A travail égal, salaire égal". Le premier numéro de l'année contient les idées directrices de la commission, son rapport d'activité pour 1981, un exposé sur le Bureau de la condition féminine de la République et canton du Jura (le seul et unique organisme cantonal du genre), des articles sur la situation économique des femmes en Suisse et une contribution à la définition de l'"indépendance matérielle" des hommes et des femmes. Le numéro 2/82 publie le rapport sur le problème des femmes maltraitées, la dernière édition consacre plusieurs exposés à la portée du principe constitutionnel de l'égalité des salaires et ouvre le débat sur la participation des femmes à la défense générale.

"F-Questions au féminin" a un tirage de 3'500 exemplaires.

22 Service de documentation

La revue mensuelle de la presse suscite beaucoup d'intérêt. Dans le domaine de la littérature consacrée à la condition féminine, le service a pu faire l'acquisition des publications les plus importantes. On y trouve aussi les principales revues féminines suisses, quelques périodiques étrangers et des cahiers sur la recherche féministe.

3 Rapports

31 Biographies et rôle

La deuxième partie du rapport sur la situation de la femme en Suisse est un essai d'étude comparative des biographies de femmes et du rôle qui leur est traditionnellement dévolu. Elle complète la première partie, consacrée principalement aux aspects quantitatifs de la participation des femmes à la vie publique, et la troisième partie, qui expose la situation juridique des femmes. Offrant beaucoup plus de possibilités d'identification que les deux parties publiées précédemment et touchant des problèmes très personnels, "Biographies et rôle" a suscité un débat extrêmement vif au sein des partis, organisations féminines et institutions de la vie publique, mais aussi des discussions passionnées en petit comité. Un objectif important du rapport dans son ensemble et de cette partie notamment, a ainsi été atteint: faire prendre conscience des problèmes et susciter la réflexion. Pour la suite des travaux de la commission, il importe que le plus grand nombre de lectrices et lecteurs donnent leur avis, quel qu'il soit.

32 Egalité des droits entre hommes et femmes

Une année très exactement après l'adoption du principe constitutionnel de l'égalité des droits, la commission a présenté un inventaire complet des inégalités en droit fédéral, un tableau des révisions en cours et une liste de propositions de révision. Elle a ainsi apporté sa contribution à l'exécution de la motion des Chambres fédérales demandant au Conseil fédéral de prendre des mesures pour assurer l'application du principe sur le plan de la Confédération et des cantons. Le Département fédéral de justice et police, chargé de la suite des travaux, se prononcera ultérieurement sur les propositions de la commission.

33 Femmes maltraitées

La commission a publié dans le bulletin le rapport sur le problème des femmes maltraitées demandé par un postulat de Mme Heidi Deneys, conseillère nationale. Le rapport ne contient que peu de données numériques, mais celles-ci sont suffisamment éloquents pour que l'opinion publique s'en soit émue. Il insiste sur la responsabilité de tout un chacun dans la vie quotidienne.

4 Prises de positions

41 Avant-projet de loi fédérale modifiant l'organisation militaire

La commission n'a encore jamais étudié de près la question d'un service militaire obligatoire pour les femmes. Elle a critiqué dans la première partie déjà de son rapport sur la situation de la femme en Suisse, le fait que le service féminin figure dans la catégorie des services complémentaires. C'est pourquoi elle se plaît à constater que l'avant-projet le revalorise: il ne sera plus un service complémentaire, il s'appellera service militaire féminin et aura son propre statut. Mais elle a aussi fait remarquer que lors de l'élaboration du statut, qui devra tenir compte des qualités spécifiques des femmes, il faudra consulter les femmes concernées pour savoir quelles tâches elles estiment pouvoir assumer.

La commission s'est aussi exprimée sur un recours plus fréquent à des officiers pour occuper des postes supérieurs dans la protection civile. Le fait de confier un nombre croissant de fonctions qualifiées à des officiers pourrait exercer une influence négative sur la motivation des femmes. Il faut que les femmes, toutes volontaires, puissent aussi avoir un espoir raisonnable d'accéder à des fonctions dirigeantes.

En revanche, la commission approuve la proposition de compter comme services militaires les services d'intervention à l'étranger, accomplis notamment avec le Corps de volontaires pour l'aide en cas de catastrophe.

42 Message sur l'initiative "pour une protection efficace de la maternité"

Invitée par l'Office fédéral des assurances sociales à donner son avis, la commission a fait part de son soutien de principe aux objectifs de l'initiative. A son avis, les dispositions proposées dans le cadre de la révision de la LAMA doivent être considérées comme minimales et provisoire et ne sauraient donc remplacer une assurance-maternité indépendante de l'assurance-maladie. La commission est favorable au congé parental comprenant la garantie d'un revenu (plafonné), la protection contre le licenciement et la sauvegarde des droits acquis. Pour que la situation des femmes en âge d'avoir des enfants ne soit pas affaiblie sur le marché du travail, il faut compléter le congé parental, qui est destiné avant tout aux parents de condition plutôt modeste, par les mesures d'accompagnement proposées par la commission dans les première et deuxième parties de son rapport. La commission a insisté une nouvelle fois sur la nécessité de séparer l'assurance-maternité de l'assurance-maladie et de la soumettre à un régime basé sur des contributions de solidarité.

43 Exécution des peines et mesures

La commission a pu se rallier à la proposition du Département fédéral de justice et police de mélanger, sur demande, les différentes catégories de détenues (réclusion, emprisonnement, arrêts, internement et éducation au travail). La raison principale de son assentiment réside dans le fait qu'il sera ainsi possible de décentraliser l'exécution des peines selon les régions linguistiques; les établissements de Hindelbank accueillent aujourd'hui encore des femmes originaires de la Suisse romande, du Tessin et de la Suisse orientale. Les autorisations devront cependant être subordonnées à des conditions strictes. Il ne faut pas que les peines les plus sévères constituent le critère d'exécution pour toutes les autres détenues et que la suppression des divisions porte atteinte au principe de l'exécution individuelle.

5 Divers

51 Session d'information sur la politique de sécurité

La commission, qui devra se prononcer en 1983 sur la participation des femmes à la défense générale, a tenu une session de deux jours pour s'informer des divers aspects de la politique de sécurité. Elle a fait appel pour cela à des représentantes et représentants des secteurs civils et militaires de la défense générale, des mouvements pour la paix et de la recherche sur la paix. Elle a aussi entendu un exposé sur le droit constitutionnel en matière de défense, de même que des rapports de l'Alliance de sociétés féminines suisses et d'un groupe de travail suisse romand sur un "service national".

52 Brochure d'information sur les services de consultation

L'enquête sur les services de consultation, entreprise au milieu de l'année, a permis au secrétariat de recueillir de nombreuses informations, qu'il s'agit maintenant de compléter et de publier.

53 Lexique "Ausgelaugt bis Zärtlichkeit"

Le secrétariat a poursuivi la publication de compléments au lexique "Ausgelaugt bis Zärtlichkeit - Fakten zur Emanzipation von Frau und Mann", édité en 1981. Les données déjà publiées sont constamment mises à jour et complétées.

54 Séance d'information sur les problèmes de santé

Le comité directeur, qui se réunit en principe une fois par mois, a étudié avec quelques autres membres de la commission les problèmes soulevés par le postulat Josi Meier invitant le Conseil fédéral à "faire exécuter une étude approfondie sur la période durant laquelle la femme exerce une activité, en particulier sur les exigences d'ordre physique et psychique que pose l'accomplissement des diverses tâches qui lui incombent, qu'il s'agisse du ménage, de l'éducation des enfants ou de la profession, ainsi que sur les multiples conséquences de cet état de choses sur sa santé et son espérance de vie". Le comité directeur avait invité à cette séance des spécialistes de la médecine sociale et pré-

ventive.

55 Contacts avec la Commission fédérale pour la jeunesse

Le comité directeur a établi des contacts informels avec la Commission fédérale pour la jeunesse.

* * *

1 4e partie du rapport sur la situation de la femme en Suisse

Les grandes lignes du dernier chapitre du rapport ayant été arrêtées au cours de cette année, il est prévu de le publier si possible cette année encore. Il donnera à un aperçu de l'histoire du mouvement féministe, des organisations féminines contemporaines et de l'évolution du problème de la condition féminine dans l'opinion publique. Il tentera aussi d'établir si et dans quelle mesure la participation des femmes à la vie politique a réussi à modifier la politique en tant qu'elle concerne l'ensemble de la population. De plus, le chapitre donnera des indications sur le poids quantitatif et qualitatif des femmes dans les partis, les syndicats, les organisations patronales et les médias. Enfin, il contiendra quelques conclusions et propositions.

2 Brochure d'information sur les services de consultation

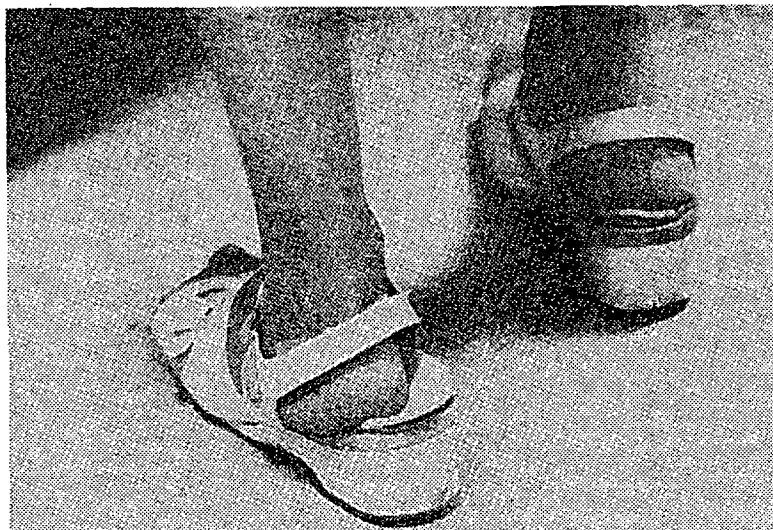
Les travaux préparatoires seront poursuivis de manière que la brochure puisse éditée vers le milieu de l'année.

3 Plan d'action mondiale de l'ONU pour améliorer la condition de la femme

Dès la fin de la dernière Conférence mondiale de l'ONU sur la femme, en 1980, la commission avait promis d'adapter le plan d'action mondiale aux particularités de notre pays et de s'employer à le réaliser. Elle a ensuite analysé les postulats avant de les transmettre à leurs destinataires, auxquels elle va maintenant demander ce qui a déjà été réalisé dans leur secteur et ce qui est en voie de l'être. Les résultats de cette enquête seront consignés dans une publication qui contribuera à la préparation de la prochaine conférence mondiale de l'ONU sur la femme, en 1985.

4 Exposé sur les problèmes de santé

Les renseignements donnés par des collaborateurs de l'Institut de médecine sociale et préventive de l'Université de Zurich serviront de base à un bref rapport sur l'état de santé de la femme. Ce rapport, qui sera adressé à la commission spéciale pour la 10e révision de l'AVS, sera une première contribution à la réalisation du postulat Josi Meier.



5 Prise de position sur la participation des femmes à la défense générale

La commission examinera de manière concrète les problèmes que pose l'éventuelle participation des femmes à la défense générale. Le rapport du groupe de travail Meyer relatif à la procédure de consultation sur l'étude de Mme Weitzel sera l'objet d'un débat approfondi. La commission prendra position sur la participation des femmes à la défense générale en y incluant de nouvelles considérations sur la politique de sécurité et le maintien de la paix internationale.

6 Lexique

Le lexique édité en 1981 avant la votation populaire sur l'égalité des droits sera revu, complété et traduit en français. Cette ouvrage s'est révélé pratique et utile.

7 "F- Questions au féminin"

Il va sans dire que le bulletin d'information continuera à paraître. Il revêt une grande importance pour les relations de la commission avec les milieux qui s'intéressent à ses travaux.

8 Autres problèmes actuels

Des questions importantes pour les femmes seront traitées en 1983, notamment au Parlement (droit matrimonial, assurance-maternité, droit de cité, etc.). La commission ne manquera pas, comme à l'accoutumée, d'intervenir dans les débats.

(Traduction: Marius Rémy)

Le attività della Commissione federale per i problemi della donna nel 1982

A prima vista parrebbe che il 1982 non sia stato un anno particolare per le donne: nessuna campagna per delle votazioni, nessuna decisione politica (perlomeno a livello federale) di portata storica per le donne. Nondimeno, per la Commissione fu l'anno nel quale vennero portati a termine, indi presentati al pubblico e agli uffici federali competenti, alcuni importanti lavori: la II parte del Rapporto sulla condizione della donna in Svizzera, il Rapporto sulla violenza contro le donne in Svizzera, il Rapporto sulla violenza contro le donne in Svizzera, il programma legislativo di parificazione tra donna e uomo a livello federale.

L'impegno a tutela degli interessi delle donne è tuttora necessario. La parità dei diritti tra donna e uomo enunciata all'art. 4 cpv. 2 della Costituzione federale (Cost.) non si realizza da sé. In vari settori non vi è ancora unità di vedute su quali siano la portata e il contenuto dell'"eguaglianza". Così, la Commissione non ha affatto perso la ragione d'essere; piuttosto, è giunto il tempo delle realizzazioni di dettaglio. La Commissione auspica dunque di essere sollecitata dagli uffici competenti e si dichiara disposta alla collaborazione nei limiti di quanto può contribuire.

1 Sedute

11 Sedute plenarie

Nel 1982 la Commissione si è riunita per cinque sedute plenarie, di cui una di due giorni tenuta a Spiez (25.2./20.4./9.6./22-23.9./24.11.). All'ordine del giorno erano iscritti: l'approvazione dell'introduzione al modello per il

lavoro commissionale; deciso nell'ultima seduta del 1981; la discussione dell'elenco delle disparità legali e del programma legislativo; la redazione di un piano di lavoro per la IV parte del Rapporto sulla condizione della donna in Svizzera nonché per una pubblicazione globale aggiornata dei rapporti apparsi finora. La Commissione ha inoltre espresso il suo parere sull'avamprogetto per una legge federale concernente la modifica dell'ordinamento militare e ha approvato, all'attenzione dell'Ufficio federale delle assicurazioni sociali, un testo per il progetto del messaggio sull'iniziativa "Per una protezione efficace della maternità". In settembre, la Commissione ha tenuto una seduta informativa sui vari aspetti della politica di sicurezza svizzera e l'integrazione delle donne nella difesa globale.

12 Rappresentanze

Tramite i suoi membri, la Commissione era rappresentata nei seguenti gremi:

- 'Gruppo di lavoro sulla politica familiare' dell'Ufficio federale delle assicurazioni sociali, autore del rapporto sulla politica familiare in Svizzera, pubblicato in ottobre;
- 'Commissione speciale per la 10a revisione dell'AVS' che sonda come migliorare la posizione delle donne nell'ambito dell'AVS/AI e le possibilità di un limite d'età flessibile per il pensionamento;
- 'Gruppo di studio per la preparazione della consultazione sull'integrazione delle donne nella difesa globale' che ha presentato il proprio rapporto allo Stato maggiore per la difesa globale.

2. Bollettino e centro di documentazione

21. "F-problemi al femminile"

Malgrado le buone intenzioni di rendere più attraente e maneggevole l'organo della Commissione, lo si è potuto modificare ben poco. Ci si è dovuto rassegnare al fatto che ogni altro tipo di presentazione avrebbe comportato maggior lavoro: un'esigenza inconciliabile con l'attività normale del segretariato. Cambiati sono comunque il colore della copertina, il carattere di stampa e la carta. Quanto al contenuto, in futuro, si cercherà, nella misura del possibile, di tradurre integralmente i vari articoli. In una nuova rubrica verranno segnalati i fatti importanti che riguardano le donne nei vari cantoni, fatti trasmessici dalle nostre corrispondenti, e, nel contempo, si cercherà di orientare sui progressi nel concretamento del principio "a lavoro uguale, salario uguale". "F", nel primo numero del 1982, conteneva, oltre al modello della Commissione e al rapporto d'attività del 1981, un articolo sull'Ufficio della condizione femminile di Delémont (rimasto finora l'unico ufficio cantonale del suo genere), altri articoli sulla situazione economica delle donne in Svizzera, un saggio che precisava il concetto di automantenimento (Versorgungsunabhängigkeit) per la donna e l'uomo. Il secondo numero del 1982 presentava il Rapporto sulla violenza contro le donne in Svizzera. Il terzo numero, attraverso vari contributi, specificava le sfaccettature del disposto sulla parità salariale sancita dalla Cost. e apriva la discussione sull'integrazione delle donne nella difesa globale.

"F-problemi al femminile" ha una tiratura dei 3'500 copie.

22 Centro di documentazione sui problemi della donna

La mappa documentativa per la stampa, pubblicata mensilmente, è stata accolta con grande interesse. E' stato di nuovo possibile acquisire le più recenti pubblicazioni nel campo della saggistica concernenti le questioni femminili. Va inoltre ricordato che al Centro si trovano le principali riviste femministe svizzere, alcune riviste estere e i

periodici sugli "Women's Studies".

3. Rapporti

31 Biografie e ruoli normativi

In questa II parte dei Rapporti sulla condizione della donna in Svizzera si è tentato di analizzare i diversi andamenti reali delle biografie femminili prendendo per metro la biografia tradizionale della donna - ciò a complemento della I parte, che presentava piuttosto gli aspetti quantitativi della partecipazione femminile alla vita pubblica, e della III parte, che descriveva la situazione giuridica della donna. Offrendo molti più spunti per un'identificazione personale dei rapporti precedenti e per aver toccato i problemi intimi di ciascuna, questo rapporto ha sollevato accese discussioni e controversie nei partiti, nelle organizzazioni femminili, nelle pubbliche istituzioni e tra i singoli. Uno dei principali obiettivi che caratterizzano in particolare detto rapporto, ma anche le relazioni commissionali in genere, è perciò stato raggiunto: muovere le acque, stimolare la riflessione, fare in modo che determinati problemi vengano riconosciuti come tali. Per l'ulteriore lavoro commissionale sono importanti tanto le lodi quanto le critiche.

32 Parità dei diritti tra donna e uomo

In occasione del primo anniversario dell'adozione dell'articolo costituzionale sull'eguaglianza si sono potuti presentare al pubblico un elenco attuale e preciso delle norme federali vigenti che discriminano tra donna e uomo, una panoramica delle revisioni in corso nonché le proposte commissionali di revisione. Con ciò è stato fatto un lavoro preparatorio a evasione della mozione delle Camere che sollecitava il Consiglio federale a impegnarsi per il concretamento della parità dei diritti a livello federale e cantonale. Il Dipartimento federale di giustizia e polizia, incaricato dell'ulteriore elaborazione, ha accettato le proposte commissionali senza però assumersi l'impegno di riprenderne i particolari.

33 Violenza contro le donne in Svizzera

Nel bollettino della Commissione è stato pubblicato il Rapporto sulla violenza contro le donne in Svizzera, redatto in risposta al postulato della consigliera nazionale Heidi Deneys. Malgrado gli scarsi ma nondimeno impressionanti dati, con questo testo si è messo il dito su una piaga: il pubblico ne è rimasto colpito e costernato. Questa è inoltre stata l'occasione per sollevare il problema della violenza quotidiana cui vanno soggette le donne nonché i termini della responsabilità che pesa su ciascuno di noi.

4 Risposte alle consultazioni

41 Avamprogetto per una legge federale concernente la modifica dell'ordinamento militare

La Commissione non si è ancora dedicata a una discussione esauriente sulla questione fondamentale del servizio militare per le donne. Già nella I parte dei Rapporti sulla condizione della donna in Svizzera veniva criticata l'odierna incorporazione del servizio prestato dalle donne nei servizi complementari dell'armata. La Commissione si è perciò rallegrata della prospettata rivalorizzazione di tale servizio mediante la sua separazione dal servizio complementare e il cambiamento del nome in Servizio militare femminile, con conseguente riconoscimento di uno statuto proprio. La Commissione ha però rilevato che nell'elaborazione di tale statuto, nel quale si sarebbe dovuto tener conto anche delle "specifiche qualità delle donne", queste stesse donne andavano interpellate per sapere quali compiti esse si sarebbero addossate nell'ambito di un servizio militare femminile.

La Commissione si è inoltre pronunciata sulla sempre più frequente assegnazione dei posti di responsabilità in seno al servizio civile a degli ufficiali. Vi sono da temere ripercussioni negative sulla motivazione di coloro che intendono impegnarsi nel servizio volontario - accessibile anche alle donne - poiché come civili non avreb-

bero alcuna speranza di essere promossi a quadri.

La Commissione approva per contro la proposta di parificare in futuro al servizio militare le prestazioni fornite all'estero, p.es. nell'ambito del Corpo di soccorso in caso di catastrofe.

42 Messaggio concernente l'iniziativa "Per una protezione efficace della maternità"

Sollecitata dal competente Ufficio federale delle assicurazioni sociali, la Commissione ha potuto esprimersi tempestivamente sulla bozza del messaggio. Dopo lo studio approfondito del testo, ha stabilito che era fondamentale il caso di sostenere i postulati dell'iniziativa. Essa ha constatato che i disposti per la protezione della maternità proposte nell'ambito della revisione dell'LAMA costituiscono solo il minimo indispensabile, per cui non possono sostituirsi alla creazione di un ramo specifico delle assicurazioni sociali. La Commissione approva la possibilità di un congedo parentale per la cui durata sarebbe da garantire un reddito familiare limitato, mantenere la protezione contro il licenziamento e assicurare i diritti acquisiti tramite il rapporto lavorativo. Il congedo parentale è concepito avantutto per i genitori di basso reddito che, per motivi finanziari, non potrebbero permettersi di rimanere a casa per accudire al neonato durante un intero anno rinunciando al reddito supplementare dell'educatore o dell'educatrice. Per evitare che esse indebolisca ulteriormente sul mercato del lavoro la posizione delle donne in età riproduttiva, occorre predisporre delle misure a sostegno della manodopera femminile, come vengono proposte dalla Commissione nei Rapporti I e II. La Commissione ha ribadito la necessità di separare la protezione della maternità dall'assicurazione contro le malattie, per trasformarla in un'assicurazione sociale imperniata su contributi di solidarietà.

43 L'esecuzione delle pene e dei provvedimenti per le donne

La Commissione ha accettato la proposta del Dipartimento federale di giustizia e polizia di poter unire, su richiesta, nell'esecuzione delle pene e delle misure accessorie per le donne, le varie categorie (reclusione, detenzione, arresto, collocamento, educazione al lavoro); questo, contrariamente al disposto legislativo. Il sostegno alla proposta si spiega con l'intenzione di offrire un'esecuzione decentrata nelle varie regioni linguistiche, mentre ancor oggi vengono internate a Hindelbank donne romande, ticinesi o della Svizzera orientale. Per l'autorizzazione vanno però poste condizioni restrittive: la pena più severa non deve assurgere a metro per l'esecuzione delle pene di tutte le detenute; e l'esecuzione individualizzata non deve essere messa a repentaglio dall'abolizione dei reparti.

5 Varia

51 Udienza sulla politica di sicurezza

Nell'ambito della preparazione della risposta che nel 1983 andrà inoltrata per la consultazione sull'integrazione delle donne nella difesa globale, la Commissione ha colto l'occasione per informarsi in modo approfondito sulle varie componenti della politica di sicurezza. Durante due giornate, rappresentanti dei settori civile e militare della difesa globale, del movimento per la pace e della ricerca sulla pace hanno avuto modo di esporre il loro pensiero, le loro concezioni e le strategie per assicurare la pace. La Commissione ha inoltre preso atto delle relazioni sull'odierna situazione costituzionale e dell'indagine sull'opportunità di un "servizio nazionale" fatta dall'Alleanza delle società femminili svizzere e da un gruppo di lavoro indipendente romando. La Commissione vaglierà e discuterà queste informazioni.

52 Udienza sulle condizioni sanitarie delle donne

L'esecutivo - che di regola si riunisce mensilmente - e alcuni membri interessati della medicina sociale e preventiva

sulle particolarità della situazione sanitaria delle donne; questo in relazione alla risposta, tuttora in sospenso, al postulato di Josi Meier (con il quale il Consiglio federale veniva sollecitato a commissionare "uno studio particolareggiato sul periodo di attività della donna e, in particolare, sulle condizioni fisiche e psichiche relative ai molteplici impegni casalinghi educativi professionali, e sulle loro varie ripercussioni sullo stato di salute e la speranza di vita").

55 Rimanenti attività

L'esecutivo è pure entrato in un dialogo informale con la Commissione federale per le questioni giovanili.

* * *

Programma per il 1983

1 Parte IV del Rapporto sulla condizione della donna in Svizzera

Il piano di lavoro per quest'ultima parte del rapporto è stato sottoposto al Consiglio federale nel 1982. Nell'anno in corso si prevede di portare a termine la pubblicazione. Il testo comprende una panoramica sulla storia del movimento femminista, le odierne organizzazioni femminili e femministe, l'evoluzione della questione femminile nel pubblico dibattito. Vi si analizza se e in quale misura la partecipazione delle donne alla politica è stata in grado di modificare i "fatti che concernono tutti", e quale spazio, qualitativamente e quantitativamente, viene dato alle donne nei partiti, nei sindacati, nelle organizzazioni padronali e simili nonché nel settore dei mezzi di comunicazione di massa. Infine, sulla base di tale inventario, vi è il tentativo di tirarne le conclusioni per poi pianificare l'impostazione del lavoro ulteriore.

2 Manuale sui consultori per le donne

I lavori per detto manuale proseguiranno. Il materiale deve essere analizzato, ordinato, commentato e completato. Per l'estate è prevista la pubblicazione di una panoramica in formato maneggevole.

3 Piano d'azione mondiale dell'ONU per migliorare le condizioni della donna

Al termine della Conferenza mondiale delle donne, organizzata dall'ONU nel 1980, la Commissione si era ripromessa di adattare il Piano d'azione mondiale alla situazione svizzera e di avviarne la realizzazione. Da allora, essa ha analizzato i singoli postulati trasmettendoli in seguito ai destinatari competenti. Nelle prossime settimane, essa si rivolgerà a loro per conoscere cosa è andato in porto nei vari settori, cosa si trova in via di realizzazione e cosa è ancora progettato. I risultati di tale indagine verranno riuniti in una pubblicazione in vista della prossima Conferenza mondiale delle donne che l'ONU prevede per il 1985.

4 Condizione sanitaria delle donne

In base alle risposte ricevute dai collaboratori dell'Istituto di medicina sociale e preventiva dell'Università di Zurigo verrà elaborato un rapporto succinto sulle condizioni sanitarie della donna, non solo per i membri del Comitato speciale per la 10a revisione dell'AVS ma anche come testo preliminare a evasione del postulato Josi Meier.

5 Presa di posizione sull'integrazione delle donne nella difesa globale

Nell'anno in corso la Commissione dovrà dibattere le questioni sollevate da un'eventuale integrazione delle donne nella difesa globale. Il rapporto del gruppo di lavoro Meyer sulla consultazione relativa allo studio Weitzel andrà discusso a fondo. La Commissione - dopo essersi orientata sui vari aspetti durante il 1982 - formulerà la sua risposta unitamente a ulteriori considerazioni sulla politica di sicurezza e sul modo di garantire la pace internazionale.

6 Lessico

Il lessico sui fatti riguardanti l'egualianza, compilato nel 1981 in occasione della votazione, verrà rielaborato, completato e tradotto in francese nel corso dell'anno. Esso si è rivelato

un testo di consultazione utile e maneggevole.

7 "F-problemi al femminile"

Ovviamente, anche nel 1983 uscirà il bollettino che funge da importante legame tra i lavori commissionali e il pubblico interessato.

E da ultimo: nell'anno in corso il parlamento dibatterà questioni di particolare rilievo per le donne (diritto matrimoniale, assicurazione per la maternità, diritto di cittadinanza, ecc.). Come ha sempre fatto finora, la Commissione, al momento opportuno, parteciperà al dibattito.

(Traduzione: Romana Camani-Pedrina)

Neue Oeffnungszeiten der Dokumentations-
stelle für Frauenfragen

Die Dokumentationsstelle für
Frauenfragen
Thunstrasse 20, Postfach
3000 Bern 6

Tel. 031/61.92.79

hat neue Oeffnungszeiten:

Montag von 14.00-18.00 Uhr

Mittwoch und Freitag von 09.00-12.00 Uhr

Les heures d'ouverture du Service de
documentation ont changé

Service de documentation
pour les questions féminines
Thunstrasse 20, Case postale
3000 Berne 6

Tél. 031/61.92.79

Lundi de 14.00 à 18.00 heures

Mercredi et vendredi de 09.00 à 12.00 h.

Le ore di apertura del Centro di docu-
mentazione sui problemi della donna
hanno cambiato

Centro di documentazione sui problemi
della donna
Thunstrasse 20, Casella postale
3000 Berna 6

Tel. 031/61.92.79

Lunedì dalle 14.00-18.00

Mercoledì e venerdì dalle 14.00-18.00



I/ch habe ein derartiges Bedürfnis zu weinen, dass ein Schmerz m/ich im Innern m/eines Brustkorbes, m/eines Bauches ergreift, die Tränen springen aus m/einen Augen, sie überschwemmen dich von oben bis unten mit wundersamer Macht, da sehe i/ich dich an, du stehst auf der anderen Seite dieses Gewässers, wenn du dich m/ir nährst, fallen m/eine Tränen schwer auf deine Füsse und lassen dich erschauern, sie benetzen deine Haare, deine Schamhaare, deine nasse Haut bekommt einen anderen Geruch. I/ch mache m/ich daran, dich zaghaft an den Armen festzuhalten, i/ch zwingt dich, von m/ir abzurücken. Deine Lippen breiten sich über deine eckigen Zähne, da stachelt m/ich irgend etwas an, von deiner gesamten Person Abstand zu nehmen, als i/ch sehe, was du im Begriff bist zu tun, du bearbeitest deine Zähne unter deinen gespannten Lippen, der weissliche Staub und die Trübe des Emails kommen aus deinem Mund hervor. Du spitzt deine Zähne an, du hältst inne, um m/ich anzusehen, all das weisse Geröll, das du ausbläst, trifft m/ich voll ins Gesicht, i/ch beeile m/ich, die Augen zu öffnen um dich anzusehen, noch bist du nah, mit deinen spitzen Zähnen lächelst du endlos, von neuem fließen die Tränen, i/ch weine mit immer grösser werdender Leidenschaft, während deine Hände m/ich berühren, während du m/ich durch dein Lächeln und deine Worte aufstachelst, noch mehr zu weinen, aber du weisst es, du weisst es, i/ch stehle dir m/einen Schmerz, du weisst es, m/ir ist so weh um dich, dass i/ch übergrosse Freude empfinde.

Le travail à temps partiel

par Brigitte Dommen, Laure Florinetti,
Catherine Hein *)

Ces dernières années, le monde du travail a vu une demande toujours croissante concernant les emplois à temps partiel. Au moment du grand essor du Travail à temps partiel (TTP), c'est-à-dire pendant le grand boom des années 60, il concernait surtout des femmes mariées, mères de famille. Aujourd'hui, on constate que la demande commence également à se manifester dans d'autres catégories de la population: hommes, retraités, couples, pour lesquels le TTP représente un moyen d'adapter le travail à la vie, et non le contraire.

Cependant, l'offre de postes à temps partiel est largement inférieure à la demande. Les problèmes qui résultent de ce déséquilibre constituent l'objet de plusieurs études récentes, mais toujours axées sur le point de vue de celui qui cherche un emploi de ce type et sur sa frustration face au nombre réduit de postes existants.

Estimant que le meilleur moyen d'encourager le TTP consiste à entrer en dialogue avec les employeurs, les auteurs ont procédé, en automne 1981, à une enquête par sondage auprès d'entreprises privées à Genève, pour mieux comprendre le point de vue de ceux qui créent, ou qui ne créent pas de postes à temps partiel.

Sur les 150 entreprises sélectionnées, 137 ont répondu. L'échantillon touchait 31'000 personnes occupées, soit environ 1/5 des emplois privés du canton.

*) B. Dommen, L. Florinetti, C. Hein:
"Le travail à temps partiel: pour ou contre? - Le point de vue des employeurs genevois", 6.9.1982. Résumé des principaux résultats de l'enquête menée auprès des employeurs genevois.

Résultats de l'enquête

1. Faible pourcentage du TTP

Environ 12 à 13% des emplois privés du canton sont des postes à temps partiel (c'est-à-dire de moins de 30h par semaine). Cependant, ce chiffre global cache 5 disparités considérables:

- 17% des entreprises n'emploient personne à TP, 23% comptent moins de 5% tandis que 11% comptent plus de 40% de TTP parmi leurs effectifs.
- Le TTP est très répandu, (environ 1/3 des postes) dans les services ayant trait à l'instruction, la santé et les oeuvres sociales, mais il n'est presque pas présent dans le bâtiment, et rare (6%) dans l'industrie, les transports, les communications et l'hôtellerie.

On a souvent l'impression que, dans les services commerciaux (banques, assurances, commerces de gros et de détail), le TTP est fortement répandu à Genève. En réalité, cette impression est due uniquement au fait que, dans deux grands commerces de détail, un quart du personnel travaille à TP. Si l'on fait abstraction de ces deux entreprises, le TP ne constitue en fait que le 8% des effectifs du secteur "commerce".

- Plus l'entreprise est petite, plus le pourcentage du TTP est grand: il concerne 28% des postes dans les entreprises occupant moins de 20 personnes; 12% dans celles en occupant de 20 à 500 et 6% dans les plus grandes (plus de 500 personnes occupées), ceci abstraction faite des deux grandes entreprises mentionnées ci-dessus.
- 23% des femmes occupées travaillent à temps partiel, contre seulement 5% des hommes.

- Parmi les postes qualifiés, 7% seulement sont des postes à TP alors que le chiffre correspondant pour les postes subalternes s'élève à 20%. La concentration du TTP dans les postes subalternes est encore plus prononcée chez les hommes que chez les femmes.

2. Le TTP n'existe pas: il se crée

Peu de postes à TP existent en tant que tels: la plupart du temps, les employeurs les créent à la requête de salariés déjà en place qui souhaitent diminuer leurs heures de travail. La demande est accordée d'autant plus facilement que la personne est qualifiée. Cependant, les employeurs distinguent nettement entre les motifs qu'ils considèrent comme légitimes (mariage, maternité, santé) et ceux qu'ils considèrent comme inacceptables (surtout le cas des hommes qui veulent faire "autre chose" à côté, y compris participer à l'éducation des enfants).

L'enquête a confirmé l'existence d'un fossé entre la conception patronale du travailleur idéal (celui qui se consacre entièrement au travail) et les aspirations d'un nombre croissant de travailleurs qui considèrent le travail comme une activité parmi d'autres.

3. Coûts et rendement

Dans 35% des entreprises, les TTP perçoivent un salaire légèrement supérieur à celui des travailleurs à temps plein, au prorata aux heures travaillées. Le salaire du TTP n'est inférieur que dans deux entreprises sur les 137. Dans une minorité des entreprises, surtout les moins importantes, les coûts des charges sociales de l'entreprise sont inférieurs pour le TTP à ceux concernant les plein temps (toujours au pro rata des heures travaillées). Cependant, 8% seulement des employeurs pensent que les différences des coûts salariaux ont une incidence sur la décision de créer ou de ne pas créer des postes à TTP. En revanche, 12% d'entre eux pensent que le coût de la place de travail plus élevé pour un TTP est le plus grand inconvénient qu'il représente, dans la mesure où la place n'est pas occupée à plein temps.

Plus de 82% des employeurs estiment que les TTP sont égaux ou même supérieurs à ceux qui travaillent à plein temps en ce qui concerne leur rendement, régularité et stabilité, leur intérêt pour le travail et leur gratification pour la tâche. Le jugement de ceux qui n'emploient pas de TTP est nettement moins favorable sur tous ces critères.

Avantages et inconvénients pour l'entreprise

Les problèmes majeurs que pose le TTP pour les entreprises sont l'organisation du travail (ceci pour 42% des entreprises) et les contacts avec la clientèle (10% des entreprises). Par contre, presque 1/5 des employeurs pensent que le TTP ne pose aucun problème particulier. Les principaux avantages sont: la rentabilité et le rendement supérieur (31% des entreprises) et la souplesse dans l'organisation du travail que permet cette solution (14% des entreprises).

Pour résumer, le facteur déterminant dans la décision patronale pour ou contre le TTP ne réside ni dans le coût ni dans la rentabilité; mais dans les problèmes liés à l'organisation du travail dans l'entreprise.

4. L'organisation du travail

Cette question a été examinée de plus près puisque, pour les employeurs les plus réticents en ce qui concerne le TTP, elle constitue l'obstacle principal à l'extension de cette forme de travail.

Les employeurs occupant une forte proportion de TTP, et qui ont dû recourir à cette forme de travail par manque de main-d'oeuvre, citent en général moins souvent que les autres les problèmes d'organisation. D'autre part, ceux qui créent des postes à TP, principalement en réponse à la demande d'un travailleur en place, sont satisfaits de l'expérience. Il semble donc qu'il suffise de faire l'expérience du TTP pour surmonter les problèmes d'organisation et se convaincre de ses avantages.

En outre, 1/4 des employeurs ont signalé les avantages que représente le TTP pour l'organisation du travail, en particulier la souplesse qu'offre cette forme

de travail pour des remplacements, pour faire face aux périodes de surcharge de travail ou aux heures de pointe. Il ressort donc clairement de l'enquête que la crainte que le TTP ne crée des problèmes d'organisation provient plutôt d'un manque d'expérience et de volonté de la part des employeurs qui n'emploient pas ou peu de travailleurs à temps partiel.

Perspectives

20% seulement des employeurs prévoient une augmentation du TTP dans les cinq années à venir, leur motivation principale étant une pénurie éventuelle de main-d'oeuvre.

* * *

Conclusions: Optimisme ou pessimisme?

Les résultats ne sont guère encourageants: Le TTP, qui a représenté 11% des emplois à Genève en 1975, n'a pas progressé depuis cette date. Il est vrai qu'un chiffre de 12 à 13% de TTP a été mentionné ici, mais cette augmentation est entièrement due à l'extension du TTP dans deux grandes entreprises où il s'agit essentiellement de postes non qualifiés.

En effet, le TTP, ainsi qu'il est pratiqué aujourd'hui, comporte plusieurs dangers: étant si restreint quantitativement, il est vu comme une forme marginale de travail et permet aux employeurs de profiter de l'offre de personnes surqualifiées pour les tâches proposées, ce qui est vu par beaucoup comme l'un des principaux avantages de cette forme de travail; limité qualitativement aux postes subalternes, et très mal vu pour les hommes, le TTP renforce la répartition traditionnelle des rôles - non seulement dans la vie professionnelle, mais également au foyer.

C'est lorsqu'il deviendra une solution pour tous ceux qui le souhaitent, femmes et hommes, travailleurs non-qualifiés et qualifiés, que le TTP perdra ses attributs de marginalisation et d'exploitation.

Cependant, les auteurs ne sont pas pour autant pessimistes, parce qu'ils sont convaincus qu'il existe actuellement un grand potentiel pour l'extension du TTP, ceci pour trois raisons, qui sont à la base des recommandations:

- Bien que la majorité des employeurs soient en principe réticents envers le TTP, la plupart d'entre eux sont prêts à créer un poste à TP dans un cas particulier, à la demande d'un employé. Dès lors, c'est à ceux qui cherchent du TTP de prendre l'initiative, par exemple de demander le partage de postes précis, de poser des candidatures conjointes aux postes annoncés, de créer des bureaux de placement à temps partiel.
- Comme déjà constaté, la réticence des employeurs envers le TTP provient principalement du fait qu'ils ne l'ont pas expérimenté.

Il y a un grand effort à entreprendre pour combler le manque d'information

- quant aux avantages à retirer du TTP, avantages que les résultats démontrent,
- quant aux multiples expériences qui se déroulent partout dans des pays européens aujourd'hui en ce qui concerne de nouvelles formes d'organisation de travail.

Le BIT publie à cet égard des rapports très instructifs qui devraient retenir l'attention des employeurs genevois *).

- Si le chômage se développait en Suisse, ce serait l'occasion de développer le partage des emplois avec, espérons-le, l'appui des syndicats (jusqu'ici très réticents à l'égard du TTP).

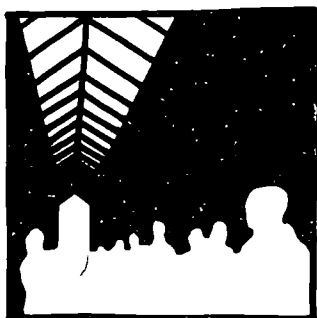
*) Bureau international du travail: Les nouvelles formes d'organisation du travail, Volumes I et II, BIT, Genève, 1979

- En annexe au rapport figure une liste des 90 professions dans lesquelles les auteurs ont trouvé, au cours de l'enquête, des personnes travaillant à TP.

Le but de cette liste est double:

- encourager dans leur recherche de travail ceux qui souhaitent travailler à temps partiel
- attirer l'attention des employeurs sur la grande portée potentielle du TTP.

Le rapport entier peut être obtenu chez les auteurs, voir p. 35.



I/ch gehe auf der schwarzen Erde. Kirschblüten übersäen sie. I/ch betrachte die schwarze und feuchte Erde, die m/eine nackten Füße berühren. Eine sanfte Berührung lässt mich erstarren. I/ch sehe unter m/einen Fussohlen, dass dort eine Augäpfel liegen, i/ch habe sie ein wenig eingedrückt. Der Augenlider beraubt, blickst du m/ich aus den Erdschollen an, deine Augen sehen m/ich an, i/ch mache einen Satz nach hinten, i/ch beuge m/ich nieder, i/ch werfe m/ich flach auf den Bauch, um sie in die Höhlung m/einer Hände aufzunehmen. Es sind deine geschlossenen Lippen, etwas weiter weggeworfen, die m/eine Hände berühren. Dein ganzer Körper liegt da, in Einzelteile zerlegt, i/ch sammle deine Haare büschelweise auf, in einiger Ent-

fernung liegt deine Nase, dein Gesicht ist völlig verstreut. I/ch hebe an, aus Leibeskräften zu schreien, i/ch kriechen dicht auf dem Erdboden entlang, die Haare stehen m/ir zu Berge. I/ch erkenne einen deiner Arme, dann den anderen. I/ch finde deine beiden Brüste, deine zerlegte Kehle, i/ch berühre deine geöffneten Hände, deine Schenkel sind dort, deine Knie, deine Beine ganz unversehrt. I/ch breche auf deinem Bauch zusammen, blutige Tränen fließen über m/eine Wangen, i/ch rufe dich mit durchdringender Stimme, m/ein Herz bis zu m/einen Lippen klopfend, bereitet m/ir Todespein. I/ch entdecke deine Ohren. I/ch bedecke sie mit Küssen. Ueber die ganze bebaute Fläche des Feldes ist dein Körper verteilt, noch warm, blutend. I/ch nehme dich Stück für Stück auf. I/ch stelle dich wieder zusammen. I/ch lecke über jeden deiner Teile, die von der Erde beschmutzt sind. I/ch spreche zu dir. Ein Würgen überkommt m/ich, i/ch ersticke, i/ch heule, i/ch spreche mit dir, i/ch begehre dich mit solch wundersamer Kraft, dass sich deine Bruchstücke zusammenfügen, es fehlt nicht ein Finger, nicht ein Teil. Jetzt mache i/ch m/ich daran, in deinen halbgeöffneten Mund zu blasen, in deine Nase, in deine Ohren, in deine Vulva, i/ch beatme dich ohne Unterlass, da, auf dir liegend, nackt auf der schwarzen Erde. Kirschblüten rieseln auf dich, i/ch entferne sie.

Chronik der laufenden Ereignisse
September 1982 bis Januar 1983

von Elisabeth Kästli

Neue EFS-Präsidentin (Nachtrag)

Der Evangelische Frauenbund der Schweiz (EFS) hat an der Delegiertenversammlung in Gwatt am 21./22. Mai 1982 Linette Stich-Buchmüller, Vordemwald AG, als neue Präsidentin gewählt. Erstmals seit dem 35jährigen Bestehen des EFS übernahm damit eine Vertreterin der Freikirchen (Evang. meth. Kirche) das Präsidium. Sie trat die Nachfolge von Janine Rappaz, Vevey, an.

Kontakt- und Infostelle für Frauen

(2.9.) An der Hohlstrasse 6 in Zürich ist eine gewerkschaftliche Kontakt- und Informationsstelle für Frauen eröffnet worden. Berufstätige Frauen können dort Probleme aus dem Berufs- und dem Familienleben diskutieren. Die Stelle wird von verschiedenen Gewerkschaftssektionen finanziert (Tel. 242.46.55).

Kein Frauenbüro in der Waadt

(9.9.) Der Waadtländer Grosse Rat will kein kantonales Büro für Frauenfragen einrichten. Ein regierungsrätlicher Bericht, der eine halbe Stelle für ein Büro für Frauenfragen vorsah, wurde mit 81 gegen 70 Stimmen abgelehnt.

Initiative für Alimentenbevorschussung

(18.9.) Die POCH-Frauengruppe Baselland hat eine kantonale Initiative für die Sicherung der Kinderalimente lanciert. Für Fälle, in denen der Vater seiner Unterstützungspflicht nicht oder nur teilweise nachkommt, soll eine Alimentenbevorschussung durch Gemeinde und Kanton eingeführt werden.

Keine Gogo-Show in Bern

(21.9.) Der Regierungsrat des Kantons Bern hat eine Beschwerde der News-Shop AG, Wallisellen (ZH) wegen Nicht-Bewilligung einer "Gogo-Show" abgelehnt. Die bernische Polizeidirektion hatte die Bewilligung mit der Begründung verweigert, die geplante Gogo-Show im Lokal eines Sex-Shops in der Berner Altstadt würde sich von einem traditionellen Striptease-Lokal klar unterscheiden und die Toleranzgrenze bezüglich Sittlichkeit in Bern überschreiten.

Alternative zum "Fünfwöcheler"

(25.9.) Nachdem im Kanton Bern der obligatorische Hauswirtschaftskurs für Mädchen abgeschafft wurde, können in Biel Männer und Frauen jeden Alters freiwillig ein breites Spektrum von Hauswirtschaftskursen besuchen. Für Kursbesucher bis zum 25. Altersjahr ist das Alternativangebot zum "Fünfwöcheler" gratis.

Frauenstimmrecht in Bündner Gemeinden

(27.9.) Der Bündner Grosse Rat hat eine Verfassungsänderung gutgeheissen, mit der das Frauenstimmrecht auf Gemeindeebene durchgesetzt werden soll. Die Verfassungsänderung kommt anfangs 1983 vors Volk. In 16 Kleingemeinden von Graubünden können die Frauen bis heute in Gemeindeangelegenheiten nicht wählen und stimmen.

Zunehmend Frauen in Berufsberatung

(29.9.) Die Zahl der Frauen, die zu einem/r Berufsberater(in) gehen, wächst, während die männlichen Ratsuchenden zahlenmässig abnehmen. Im Kanton Bern haben 1981 insgesamt 4'561 Frauen und 4'178 Männer einen Berufsberater aufgesucht. Bei den 25-29jährigen sind über 55% der Ratsuchenden Männer, aber bei den 30-39jährigen stellen die Frauen mit 64% den

Hauptanteil und bei den über 40jährigen gar mit 70%.

Hauswirtschaftliche Betriebsassistentin

(29.9.) In einem neuen, zweijährigen Lehrgang sollen ab Frühjahr in St. Gallen Frauen zu "Hauswirtschaftlichen Betriebsassistentinnen" für Heime und Spitäler ausgebildet werden. Die neue Berufsausbildung soll den Mangel an qualifiziertem hauswirtschaftlichem Personal für Heime beheben helfen.

Begegnungszentrum für Prostituierte

(1.10.) In Genf hat die Vereinigung "Aspasie", die sich für die Besserstellung der Prostituierten einsetzt, ein Begegnungs- und Beratungszentrum eröffnet. Der im Mai 1982 gegründeten Vereinigung gehören Prostituierte und Nicht-Prostituierte an, welche eine Entkriminalisierung des Milieus anstreben.

Zunahme der Lehrtöchter

(9.10.) Laut BIGA-Statistik haben 1981 insgesamt 34'489 Lehrlinge und 21'749 Lehrtöchter an den Lehrabschlussprüfungen teilgenommen. Während bei den Mädchen die Zunahme gegenüber dem Vorjahr 8% betrug, erhöhte sich der Anteil der Knaben nur um 2,9%. Innerhalb von 10 Jahren ist der Anteil der Lehrtöchter unter den Prüfungsteilnehmern von 31,2% auf 38,7% gestiegen.

Bericht zur Familienpolitik

(13.10.) Eine vom Eidg. Departement des Innern eingesetzte Arbeitsgruppe hat einen Bericht zur Familienpolitik in der Schweiz veröffentlicht. Der Bericht befasst sich nicht nur mit sozialpolitischen Fragen (Besteuerung der Familie, Familienzulagen), sondern auch mit gesellschaftspolitischen Aspekten, wie Familie und Wohnen, Familie und Arbeitswelt, etc.

BSF für Frauenobligatorium

(16.10.) Der Bund schweizerischer Frauenorganisationen (BSF) hat bei seinen Mitgliederverbänden eine Umfrage über die Notwendigkeit einer Katastrophenausbildung für Frauen durchgeführt. Mehrheitlich seien ein dreiwöchiger, obligatorischer Grundkurs sowie regelmässige Wiederholungs-Ausbildungstage befürwortet worden.

Heiraten aus Pragmatismus

(19.10.) Die Mehrzahl der jüngeren Ehepaare heiratet aus vorwiegend pragmatischen Gründen. Dies ist eines der zahlreichen Ergebnisse einer Untersuchung über die heutige Ehe, die an der Universität Genf durchgeführt wurde. Von rund 500 befragten Paaren gaben nur rund 10% den Druck von Familie und Umgebung als Hauptmotivation für die Heirat an. Dagegen erwähnten 3 von 4 Paaren die Absicht, Kinder zu haben, sowie die Erwartung, der Alltag werde durch die Heirat einfacher und der Status des Verheiratetseins bringe Vorteile. 40% der Frauen fühlen sich zudem in der Ehe sicherer als in einer freien Verbindung.

Erste SKV-Frauenkonferenz

(22.10.) Unter dem Vorsitz von Lili Nabholz-Haidegger hat in Bern die erste Frauenkonferenz des Schweizerischen Kaufmännischen Verbandes (SKV) getagt. Die Frauenkonferenz befasste sich im besonderen mit den Arbeitsbedingungen des Verkaufspersonals und mit der Frage, wie dieses Personal vermehrt im SKV organisiert werden könnte.

Aussereheliche Geburten in der Schweiz

(28.10.) Im Vergleich zu den meisten europäischen Ländern ist in der Schweiz die Zunahme ausserehelicher Geburten bei einem Anteil von 5% in den Jahren 1980/81 (gegenüber 3,8% in den Jahren 1969-72) relativ gering. Bei einem gesamtschweizerischen Durchschnitt von 5% hat der Kanton Uri mit 3,1% den geringsten Anteil an ausserehelichen Geburten und der Kanton Basel mit 11% den

höchsten. Im Vergleich dazu verzeichnen Frankreich und Grossbritannien über 10% und Schweden gar über 37% aussereheliche Geburten.

Ursula Brunner Vertrauen entzogen

(30.10.) Die freisinnige Ortspartei von Frauenfeld hat Parteikollegin Ursula Brunner, Kantonsrätin, das Vertrauen entzogen. Die Partei wirft ihr namentlich ihr Engagement in der Friedensbewegung vor, das sich auch in ihrer Opposition gegen die Frauenfelder Wehrschausser- te.

Kein Frauenstimmrecht in Castrisch

(1.11.) Zum vierten Mal lehnten die Männer von Castrisch GR die Einführung des Frauenstimmrechtes auf Gemeindeebene ab.

Auf Arbeit ausser Haus angewiesen

(10.11.) Eine Umfrage der Frauengruppe Basel der Gewerkschaft Textil, Chemie Papier (GTCP) unter Arbeitnehmerinnen der chemischen Industrie ergab, dass zwei Drittel der antwortenden Frauen (von 1'820 Befragten antworteten 328) ihre Arbeit als "lebensnotwendig" betrachten. 7% wollen nur arbeiten "bis ein Kind da ist" und 2% "vorübergehend". Die Tätigkeit selbst interessiert nur jede dritte Arbeitnehmerin. Ausschlaggebende Gründe für die Erwerbstätigkeit sind vielmehr Lohn, soziale Kontakte und Selbständigkeit.

Gegenvorschlag zu "Recht auf Leben"

(17.11.) Mit einem Gegenvorschlag will der Bundesrat der Grundidee der Volksinitiative "Recht auf Leben" Rechnung tragen. Während die Initiative die Dauer des Lebens definiert (von der Zeugung bis zum natürlichen Tod), verzichtet der Gegen- vorschlag auf eine derartige Definition.

Bundesrat lehnt Mutterschutz-Initiative ab

(18.11.) Der Bundesrat beantragt dem Parlament, die Mutterschutz-Initiative ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Es brauche keine Ergänzung der Verfassung für die Verbesserung des Mutterschutzes, argumentiert er. Bei der Initiative lehnt der Bundesrat namentlich die Forderung nach einem bezahlten Elternurlaub ab.

Keine Männer mehr in Rotkreuzkolonnen

(18.11.) In den Rotkreuzkolonnen des Armeesaniätsdienstes sollen künftig nur noch Frauen eingesetzt werden. Gemäss Verordnungsabänderung des Bundesrates werden die dort eingeteilten Männer neu in Spitalformationen eingesetzt.

20 Jahre SEFU

(23.11.) Die Schweizersektion der Europäischen Frauen-Union (SEFU) hat in Bern ihr 20jähriges Bestehen gefeiert. Die SEFU, die bereits 1955 gegründet wurde, umfasst heute 14 Landessektionen.

Konsumentinnenvertreterin im Nationalrat

(30.11.) Am Tag nach der Annahme der Preisüberwachungsinitiative durch das Volk hat Monika Weber, Präsidentin des Konsumentinnenforums, im Nationalrat Einzug gehalten. Sie ist Nachfolgerin des zurückgetretenen Meinrad Schär, LdU, Zürich.

Mehr Frauen an Universitäten

(4.12.) Von rund 64'000 Studierenden in der Schweiz sind ein Drittel Frauen. Bei den Studienanfängern im Wintersemester 1981/82 waren bereits 40% weiblichen Geschlechtes. In den letzten zwei Jahren stieg der Frauenanteil an den Universitäten laut Bundesamt für Statistik um 2%.

Frauenstrafvollzug

(7.12.) Im Frauenstrafvollzug müssen Erstmalige und Rückfällige sowie die verschiedenen Alterskategorien nicht mehr streng getrennt werden. Der Bundesrat hat durch Verordnung auf Antrag 1983 Bestimmungen erlassen, welche für Frauen ein Abweichen von den Trennungsbestimmungen des Strafgesetzbuches ermöglichen. Bereits seit einiger Zeit werden kurze Freiheitsstrafen vermehrt in regionalen Bezirksgefängnissen vollzogen.

SRG-Frauen protestieren

(8.12.) 339 SRG-Mitarbeiterinnen haben in einem "offenen Brief" an SRG-Chef Leo Schürmann gegen dessen "patriarchalische Aussagen" in einem Annabelle-Artikel der Serie "Er über Sie - prominente Männer und ihr Frauenbild" protestiert.

Journalistinnen schlechter bezahlt

(18.12.) Journalistinnen sind im Durchschnitt schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen, obwohl sie im Mittel besser qualifiziert sind. Zu diesem Schluss kommt Ingrid Baldes in ihrer Lizentiatsarbeit "Frauen in den Schweizer Medien".

Frauen in die Gesamtverteidigung?

(21.1.) Eine Kommission unter dem Vorsitz der Berner Soziologin Ruth Meyer hat im Auftrag der Zentralstelle für Gesamtverteidigung eine Studie über die Mitwirkung der Frau in der Gesamtverteidigung veröffentlicht. Sie schlägt 8 Modelle vor, die vom Ist-Zustand bis zu einer obligatorischen Dienstpflicht im zivilen Bereich der Gesamtverteidigung reichen. Ueber den Bericht wird bis Ende 1983 ein offenes Vernehmlassungsverfahren durchgeführt.

Keine Fristenlösungsinitiative

(24.1.) Vorläufig wird keine neue Fristenlösungsinitiative lanciert. Die Vertreterinnen der Parteien und Organisationen, welche eine Initiative planten, sind zum Schluss gekommen, der Zeitpunkt für die Lancierung sei ungünstig. Im Augenblick habe die Bekämpfung der Initiative "Recht auf Leben" Vorrang.

Frauenstimmrecht in Jenins

(27.1.) Im dritten Anlauf haben die Stimmbürger von Jenins GR den Frauen das Stimm- und Wahlrecht auf Gemeindeebene zuerkannt.

15 Franken für Hausarbeit

(28.1.) Das Bundesgericht hat die Schadenersatzklage eines Rentners gutgeheissen, dessen Ehefrau bei einem Verkehrsunfall ums Leben kam. Es bewertete dabei erstmals die Arbeit einer Hausfrau und legte dafür einen Stundenansatz von 15 Franken fest.

Übersicht über frauenrelevante Vorstösse in den kantonalen Parlamenten

BASELSTADT

Eine Petition zur Einführung der Alimentenbevorschussung wird vom Landrat unterstützt, welcher die Regierung beauftragt, ihm unverzüglich eine entsprechende Vorlage zu unterbreiten.

Die Motion Fankhauser betreffend Ausrichtung eines Erwerbsersatzes für kleinkindbetreuende Elternteile wird in ein Postulat umgewandelt und überwiesen.

Zum Postulat über die Verbesserung der Stellung der Frau im Kanton BL von Frau Jaques aus dem Jahr 1978 wurde der Bericht des Regierungsrates vorgelegt. In der Diskussion vom 25. November 1982 erklärt sich Frau Jaques vom Bericht nicht befriedigt. Er enthalte nicht alle Diskriminierungen und v.a. fehlten Schlussfolgerungen und konkrete Massnahmen. Trotzdem wird das Postulat vom Landrat abgeschrieben.

Am 6. Dezember 1982 wird eine Motion zur Einführung der getrennten Besteuerung von Ehegatten vom Landrat überwiesen.

BASELSTADT

In seiner Interpellation vom 17. November 1982 fragt Grossrat Herrmann den Regierungsrat an, ob er bereit sei, gestützt auf einen Artikel des Dekretes über das Dienstverhältnis der Behördemitglieder und des Personals der bernischen Staatsverwaltung, entsprechende Massnahmen zu treffen. Der Artikel lautet: "Der Regierungsrat kann in Zeiten von Arbeitslosigkeit Einschränkungen des Doppelverdienstes verfügen". Der Regierungsrat erklärt sich dazu nicht in der Lage, da er an eine 1981 überwiesene Motion gebunden sei, welche die

Streichung dieses Artikels der Dienstordnung verlangt.

Der Regierungsrat beantwortet das Postulat Gay-Crosier für die Ausdehnung des Mutterschaftsurlaubs für Beamtinnen auf 16 Wochen dahingehend, dass er keinen Grund sehe, die geltende Regelung (8 Wochen), welche der schweizerischen Norm entspreche, zu verändern. Eine solche Erweiterung des Mutterschaftsurlaubs würde den Kanton jährlich mindestens 300'000 Franken zusätzlich kosten. Im übrigen sollte die Frage auf sozialpartnerschaftlichem Verhandlungsweg geregelt werden.

GENÈVE

Une motion de Mme Berenstein-Wavre et M. Jörimann invite le Conseil d'Etat "à faire en sorte qu'à l'occasion du 8 mars 1983, journée internationale des femmes, une réflexion soit introduite dans les cours de l'enseignement primaire et secondaire sur la longue marche des femmes et des hommes vers l'égalité et sur la lutte contre les préjugés sexistes dans notre société".

En septembre 1982 une motion concernant une meilleure intégration des femmes dans la protection civile a été déposée

Dans son rapport sur la motion concernant la prestation de serment de nouveaux citoyens genevois, le Conseil d'Etat constate que la proposition des motionnaires (de convoquer l'épouse séparément du mari) pourrait provoquer des complications. Pour des raisons de sécurité et pour éviter toute confusion, il préfère maintenir la procédure actuelle, qui invite l'épouse à se joindre à son mari.

GRAUBUENDEN

Der Grosse Rat verabschiedet in seiner Sitzung vom 23. November 1982 eine Teilrevision der Lehrerbesoldungsverordnung, welche eine Gehaltsverbesserung für Handarbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen bringt. Ihre Gehälter sollen als Sofortmassnahme um 7% erhöht werden. Als Edziel ist jedoch nicht eine vollständige Anpassung an die Gehälter der Primarlehrer der entsprechenden Stufe vorgesehen. Den Arbeits- und Hauswirtschaftslehrerinnen sollen lediglich 90% eines Primarlehrergehalts ausbezahlt werden.

LUZERN

Folgende Vorstösse aus dem vergangenen Jahr sind noch hängig:

Im Januar 1982 forderte die POCH-Fraktion in einem Postulat die Einführung eines 16 wöchigen Mutterschaftsurlaubs für das Personal der kantonalen Verwaltung.

Ebenfalls von der POCH-Fraktion stammt eine Motion vom März 1982. Sie verlangt die Ausrichtung kantonaler Mutterschaftsbeiträge zur Sicherstellung des Einkommens der Frauen vor und nach der Geburt. Damit soll die Zeit bis zur Einrichtung einer eidgenössischen Mutterschaftsversicherung überbrückt werden.

Ein im Juni 1982 eingereichtes Postulat fordert den Regierungsrat auf, die z.Z. äusserst niedrigen Entschädigungsansätze für nichterwerbstätige Frauen im Zivildienst angemessen zu erhöhen.

Die Schaffung einer kantonalen Kommission für Frauenfragen verlangt ein im Juni 1982 eingereichtes Postulat. Zwar habe der Grosse Rat ein Postulat aus dem Jahr 1979 mit ähnlicher Zielsetzung abgelehnt, doch zeige sich ein Jahr nach Verankerung des Gleichberechtigungsartikels in der Bundesverfassung, dass dem Gesetzesauftrag auf kantonaler Ebene zuwenig Beachtung geschenkt werde.

SOLOTHURN

In Beantwortung der Interpellation Steiner hält der Regierungsrat fest, dass er bereit ist, eine Uebergangslösung (bis zur Einführung des neuen Schulgesetzes) für den z.Z. noch obligatorischen Hauswirtschaftsunterricht für Mädchen zu prüfen, sofern dadurch keine Rechtsungleichheiten entstehen. Eine Petition der Schüler(innen) für die sofortige Gleichstellung von Mädchen und Knaben hinsichtlich Hauswirtschaftsunterricht war vom Regierungsrat im Juni 1982 abgelehnt worden.

Zeichenerklärung:

Erste Zahl = Ordnungsnummern
für die Session

Zweite Zahl = fortlaufende Kontroll-
nummern der Geschäfte

- N behandelt vom Nationalrat
S behandelt vom Ständerat
n Erstbehandlung beim Nationalrat
s Erstbehandlung beim Ständerat
D Dringlich
SV Schriftliches Verfahren
* neue Geschäfte
x erledigt

Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung

Wintersession 1982

(14. Tagung der 41. Legislaturperiode)

vom Montag, 29. November bis Freitag, 17. Dezember 1982

Sitzungen des Nationalrates: 29., 30. November, 1., 2., 6., 7., 8., 9., 13., 14., 15.,
16. und 17. Dezember (13 Sitzungen)

Sitzungen des Ständerates: 29., 30. November, 1., 2., 6., 7., 8., 9., 14., 15., 16.
und 17. Dezember (12 Sitzungen)

Sitzung der Vereinigten Bundesversammlung: 8. Dezember

Standesinitiativen

23/81.202 n Initiative Genf. Schutz der Mutterschaft, vom 1. Juli 1981

Der Kanton Genf beantragt, die gesetzlichen Bestimmungen für einen wirksamen Mutterschaftsschutz zu verbessern.

N Eggli, Allenspach, Augsburg, Basler, Borel, Bratschi, Dirren, Dupont, Eisenring, Forel, Frey-Neuenburg, Früh, Gautier, Gloor, Günter, Hösli, Jelmini, Landolt, Massy, Meier Kaspar, Müller-Balsthal, Müller-Bern, Ogi, Pini, Reimann, Ribl, Segmüller, Spiess, Tochon, Vannay, Zehnder (31)

23/81.202 n Initiative du canton de Genève. Protection efficace de la maternité, du 1^{er} juillet 1981

Le canton de Genève propose d'améliorer les dispositions légales visant à protéger efficacement la maternité.

N Eggli, Allenspach, Augsburg, Basler, Borel, Bratschi, Dirren, Dupont, Eisenring, Forel, Frey-Neuchâtel, Früh, Gautier, Gloor, Günter, Hösli, Jelmini, Landolt, Massy, Meier Kaspar, Müller-Balsthal, Müller-Berne, Ogi, Pini, Reimann, Ribl, Segmüller, Spiess, Tochon, Vannay, Zehnder (31)

Parlamentarische Initiativen

32/77.231 n Familienpolitik (Nanchen), vom 13. Dezember 1977

Gemäss Artikel 21^{sexies} des Geschäftsverkehrsgesetzes und Artikel 27 des Geschäftsreglements des Nationalrats reiche ich folgende Initiative in der Form der allgemeinen Anregung ein:

In Anwendung von Artikel 34^{quinquies} und gestützt auf Artikel 34^{ter} Absatz 1 Buchstaben a und g, Artikel 34^{novies} Absatz 3 und Artikel 64 der Bundesverfassung erlässt der Bund gesetzliche Bestimmungen zur Schaffung eines wirklichen Familienschutzes.

Diese Bestimmungen sollen insbesondere die folgenden Massnahmen vorsehen:

1. Die Einrichtung einer obligatorischen Mutterschaftsversicherung, die nach dem Modell der AHV finanziert wird.
 - 1.1 Diese Versicherung deckt die durch Schwangerschaft und Niederkunft entstandenen Kosten für die Pflege durch den Arzt und medizinische Hilfspersonen sowie für Arzneimittel und Spitalaufenthalt.
 - 1.2 Sie gewährt während eines 16wöchigen Mutterschaftsurlaubs, von dem 10 Wochen auf die Zeit nach der Niederkunft entfallen, ein Taggeld. Dieses beträgt für Arbeitnehmerinnen mindestens 80 Prozent des entgangenen Lohns und für nicht-erwerbstätige Frauen gleich viel wie der Erwerbsersatz für Nichterwerbstätige im Militärdienst.
 - 1.3 Ein solches Taggeld erhält auch die erwerbstätige Mutter oder der erwerbstätige Vater, wenn sie oder er zur Pflege eines kranken Kindes zu Hause bleiben muss.
 - 1.4 Ist der Mutterschaftsurlaub abgelaufen oder wird ein Kleinkind zur späteren Adoption in Pflege genommen, so kann, wenn beide Eltern erwerbstätig sind, der Mutter oder dem Vater ein Elternurlaub gewährt werden. Dieser Urlaub dauert höchstens neun Monate und gibt Anspruch auf eine Entschädigung, die grundsätzlich 80 Prozent des entgangenen Lohns ausmacht.
 2. Den Schutz der schwangeren Frau vor Kündigung des Arbeitsvertrags. Der Kündigungsschutz wird auch Frauen und Männern in den Fällen der Ziffern 1.2, 1.3 und 1.4 gewährt, und die aufgrund des Arbeitsvertrags erworbenen Rechte bleiben in diesen Fällen gewahrt.
 3. Die Förderung der beruflichen Wiedereingliederung und der Umschulung der Frauen, die aus familiären Gründen ihre Erwerbstätigkeit für mehrere Jahre unterbrochen haben.
 4. Die Einrichtung einer eidgenössischen Familienzulageordnung für die Erwerbstätigen, die insbesondere einen interkantonalen Ausgleich vorsieht.
- N Eggli, Allenspach, Ammann-St. Gallen, Cotti, Dupont, Dürr, Fischer-Hägglingen, Füg, Gautier,

³ Der Bund fördert die berufliche Aus- und Fortbildung von Journalisten und Verlegern.

N *Renschler*, Biel, Bürer-Walenstadt, Cevey, Coutau, Graf, Hofmann, Loretan, Meier Kaspar, Morf, Muheim, Müller-Luzern, Pini, Riesen-Freiburg, Robbiani, Wilhelm, Ziegler-Solothurn (17)

Bericht und Beschlussesentwurf der Kommission des Nationalrates vom 26. Februar 1980 (BBl II, 189).

Stellungnahme des Bundesrates vom 28. Oktober 1981 (BBl III, 972).

32/77.231 n *Politique familiale* (Nanchen),
du 13 décembre 1977

Conformément à l'article 21 ^{sexies} de la loi sur les rapports entre les conseils et à l'article 27 du règlement du Conseil national, je dépose l'initiative parlementaire suivante sous la forme d'une proposition conçue en termes généraux.

En application de l'article 34 ^{quinquies} et sur la base des articles 34^{ter}, 1^{er} alinéa, lettres a et g, 34^{novies}, 3^e alinéa, et 64 de la constitution fédérale, des dispositions légales seront édictées en vue de la mise en œuvre d'une protection réelle de la famille.

Ces dispositions comprendront notamment les mesures suivantes:

1. La création d'une assurance-maternité obligatoire, qui sera financée selon le modèle de l'AVS.
 - 1.1 Cette assurance couvrira les frais médicaux, paramédicaux, pharmaceutiques et hospitaliers occasionnés par la grossesse et l'accouchement.
 - 1.2 Durant un congé de maternité de 16 semaines dont 10 après l'accouchement, elle garantira le versement d'une indemnité journalière qui correspondra, pour les travailleuses, au moins à 80% du salaire perdu, et, pour les femmes n'exerçant pas d'activité lucrative, qui sera égale au montant de l'allocation pour perte de gain revenant aux personnes non actives qui effectuent un service militaire.
 - 1.3 Une même indemnité sera également versée à l'un des parents salariés lorsque la présence de la mère ou du père est requise auprès d'un enfant malade.
 - 1.4 A l'échéance du congé de maternité ou lors de la prise en charge d'un enfant en bas âge en vue d'adoption, un congé parental pourra être accordé à la mère ou au père lorsque chacun d'eux est salarié. Ce congé pourra s'étendre au plus sur une durée de 9 mois et donnera droit à une indemnité correspondant en principe à 80% du salaire perdu.
2. La protection des femmes enceintes contre la résiliation du contrat de travail, la même protection étant accordée aux femmes et aux hommes dans les cas mentionnés sous chiffre 1.2, 1.3 et 1.4, ainsi que le maintien dans les mêmes cas des droits acquis découlant du contrat de travail.
3. L'encouragement de la réinsertion professionnelle et du recyclage des femmes ayant interrompu leur activité lucrative pendant plusieurs années pour des raisons familiales.
4. L'institution d'un régime fédéral d'allocations familiales aux salariés prévoyant notamment une compensation intercantonale.

N *Eggli*, Allenspach, Ammann-Saint-Gall, Cotti, Dupont, Dürr, Fischer-Hägglingen, Füeg, Gautier, Meier Josi, Morf, Nauer, Nef, Ogi, Risi-Schwyz, Schnyder-Berne, Segmüller, Spreng, Vannay, Vetsch, Zbinden, Zehnder, Zwygart (23)

1978 18 avril: La commission suspend ses travaux jusqu'au dépôt du message sur l'initiative populaire.

39/79.230 n *Bürgerrecht der Kinder mit Schweizer Mutter und ausländischem Vater* (Christinat), vom 1. Oktober 1979

Gestützt auf Artikel 21^{bis} des Geschäftsverkehrsgesetzes beantrage ich, die Artikel 5 und 57 des Bundesgesetzes über Erwerb und Verlust des Schweizerbürgerrechts vom 29. September 1952 wie folgt zu ändern:

Art. 5 Abs. 1a

a. wenn die Mutter Schweizer Bürgerin ist.

Art. 57 Abs. 6

⁶ Hat das Kind eines ausländischen Vaters und einer schweizerischen Mutter im Zeitpunkt des Inkrafttretens des Bundesgesetzes vom 25. Juni 1976 über die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches das 23. Altersjahr noch nicht zurückgelegt, so kann es vom 1. Januar 1980 an innert eines Jahres bei der zuständigen Behörde des Heimatkantons der Mutter die Anerkennung als Schweizer Bürger beantragen. Artikel 34 ist sinngemäss anzuwenden.

N *Zbinden*, Akeret, Aubry, Blunschy, Christinat, De-neys, Duboule, Kaufmann, Kopp, Lang, Lüchinger, Morf, Müller-Aargau, Roth, Schüle, Segmüller, Weber-Arbon (17)

1980 18. September: Die Kommission setzt ihre Beratungen aus, bis zur Volksabstimmung über die Verfassungsrevision.

39/79.230 n *Nationalité des enfants de mère suisse et de père étranger* (Christinat), du 1^{er} octobre 1979

En vertu de l'article 21^{bis} de la loi sur les rapports entre les conseils, je propose que les articles 5 et 57 de la loi fédérale sur l'acquisition et la perte de la nationalité suisse, du 29 septembre 1952, soient modifiés comme suit:

Art. 5, 1^{er} al., let. a

a. lorsque la mère est citoyenne suisse

Art. 57, 6^e al.

² Si l'enfant d'un père étranger et d'une mère suisse n'a pas encore atteint l'âge de 23 ans révolus lors de l'entrée en vigueur de la loi fédérale du 25 juin 1976, modifiant le Code civil suisse, il peut, à partir du 1^{er} janvier 1980 et dans le délai d'une année, demander à l'autorité compétente du canton d'origine de sa mère, de reconnaître sa citoyenneté suisse.

L'article 34 est applicable par analogie.

N *Zbinden*, Akeret, Aubry, Blunschy, Christinat, De-neys, Duboule, Kaufmann, Kopp, Lang, Lüchinger, Morf, Müller-Argovie, Roth, Schüle, Segmüller, Weber-Arbon (17)

1980 18 septembre: La commission suspend ses délibérations jusqu'à la votation populaire sur la révision de la constitution.

47/81.222 n Schwangerschaftsabbruch (Nationalrat), vom 10. März 1981 (siehe Geschäft Nr. 78.222).

Bericht und Anträge der Kommission des Nationalrates vom 27. August 1979 (BBl II, 1037) zu den parlamentarischen Initiativen und Standesinitiativen zum Schwangerschaftsabbruch.

Stellungnahme und Gesetzesentwurf des Bundesrates vom 29. September 1980 (BBl III, 1047).

N *Christinat*, Barras, Blocher, Blunschy, Deneys, Frey-Neuenburg, Füeg, Gautier, Hösli, Jaggi, Jung, Kaufmann, Lang, Longet, Meier Kaspar, Nef, Ribl, Roth, Segmüller, Spreng, Wagner, Weber Monika, Ziegler-Solothurn (23)

S *Bührer*, Andermatt, Bauer, Dobler, Donzé, Gadiant, Generali, Genoud, Lieberherr, Matossi, Munz, Schmid, Schönenberger, Ulrich, Zumbühl (15)

A. Schweizerisches Strafgesetzbuch

Änderung vom

Die Bundesversammlung der Schweizerischen Eidgenossenschaft,

gestützt auf Artikel 64^{bis} der Bundesverfassung, nach Prüfung verschiedener parlamentarischer Initiativen und Standesinitiativen, nach Einsicht in den Bericht der Kommission des Nationalrates vom 27. August 1979¹⁾ und die Stellungnahme des Bundesrates vom 29. September 1980²⁾,

beschliesst:

I

Das Schweizerische Strafgesetzbuch³⁾ wird wie folgt geändert:

Art. 121^{bis} Abbruch der Schwangerschaft innert der ersten zwölf Wochen

¹ Die Kantone können durch ein Gesetz bestimmen, dass der Abbruch der Schwangerschaft nicht strafbar ist, wenn er innerhalb der ersten zwölf Wochen nach der letzten Periode ausgeführt wird.

² Ausserdem müssen folgende Voraussetzungen gegeben sein:

- Der Eingriff muss durch einen diplomierten, in der Schweiz zur Ausübung seines Berufes zugelassenen Arzt ausgeführt werden;
- Die Schwangere muss dem Eingriff schriftlich zustimmen; ist sie nicht urteilsfähig, so ist die schriftliche Zustimmung ihres gesetzlichen Vertreters erforderlich;
- Die Schwangere hat sich mindestens eine Woche vor einem allfälligen Eingriff durch einen diplomierten, in der Schweiz zur Ausübung seines Berufes zugelassenen Arzt oder durch eine kantonal anerkannte Beratungsstelle beraten zu lassen.

³ Der nach den Absätzen 1 und 2 straflose Schwangerschaftsabbruch bleibt auf dem ganzen Gebiet der Schweiz straflos.

Art. 121^{ter} Nichtbeachtung des Artikels 121^{bis}

- Der Arzt, der aus einem der gesetzlich anerkannten Gründe die Schwangerschaft abbricht, ohne dass die Zustimmung der Schwangeren oder ihres gesetzlichen Vertreters schriftlich vorliegt, ohne diplomiert und in der Schweiz zur Ausübung des Berufes zugelassen zu sein, ohne die gesetzlichen Bestimmungen des Artikels 121^{bis} Absatz 2 Buchstabe c zu beachten, wird, wenn er vorsätzlich handelt, mit Haft oder Busse bestraft. Bei Rückfall kann er mit Gefängnis bestraft werden.
- Der Arzt, der grob fahrlässig annimmt, es liege ein gesetzlich anerkannter Grund vor, und die Schwangerschaft zu Unrecht abbricht, wird mit Gefängnis oder Busse bestraft.

Art. 121^{quater} Meldung der Eingriffe

Der Bundesrat erlässt nach Anhören der Kantone Bestimmungen über die Meldung der Eingriffe an das Bundesamt für Statistik.

Art. 121^{quinquies} Weigerung aus Gewissensgründen

Niemand ist verpflichtet, bei der Durchführung eines Schwangerschaftsabbruches mitzuwirken, wenn er dies aus Gewissensgründen nicht verantworten kann. Die Weigerung ist ohne Verzug bekanntzugeben.

Art. 211

Streichen

II

¹ Dieses Gesetz untersteht dem fakultativen Referendum.

² Der Bundesrat bestimmt das Inkrafttreten.

¹⁾ BBl 1979 II 1037

²⁾ BBl 1980 III 1047

³⁾ SR 311.0

1981 23. September: Der Ständerat beschliesst, auf dieses Bundesgesetz nicht einzutreten.

B. Bundesgesetz über die Schwangerschaftsberatungsstellen

Bundesblatt III, 242; Ablauf der Referendumsfrist: 18. Januar 1982

C. Bundesgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung

Bundesblatt III, 240; Ablauf der Referendumsfrist: 18. Januar 1982

1982 21. Juni: Die Kommission des Nationalrates beschliesst, ihre Beratungen vorläufig auszusetzen.

47/81.222 n Interruption de la grossesse (Conseil national), du 10 mars 1981 (voir objet n° 78.222).

Rapport et propositions de la commission du Conseil national du 27 août 1979 (FF II, 1021) concernant les initiatives parlementaires et initiatives des cantons sur l'interruption de la grossesse.

Avis du Conseil fédéral et projet de loi du 29 septembre 1980 (FF III, 1050).

N *Christinat*, Barras, Blocher, Blunschy, Deneys, Frey-Neuchâtel, Füeg, Gautier, Hösli, Jaggi, Jung, Kaufmann, Lang, Longet, Meier Kaspar, Nef, Ribl, Roth, Segmüller, Spreng, Wagner, Weber Monika, Ziegler-Soleure (23)

E *Bührer*, Andermatt, Bauer, Dobler, Donzé, Gadiant, Generali, Genoud, Lieberherr, Matossi, Munz, Schmid, Schönenberger, Ulrich, Zumbühl (15)

A. Code pénal suisse

Modification du

L'Assemblée fédérale de la Confédération suisse,

vu l'article 64^{bis} de la constitution; après examen de diverses initiatives parlementaires et cantonales;

vu le rapport du 27 août 1979 d'une commission du Conseil national¹⁾;

vu l'avis du Conseil fédéral du 29 septembre 1980²⁾,

arrête:

I

Le code pénal suisse³⁾ est modifié comme il suit:

¹⁾ FF 1979 II 1021

²⁾ FF 1980 III 1050

³⁾ RS 311.0

Art. 121^{bis} Interruption de la grossesse pendant les douze premières semaines

¹ Les cantons peuvent prévoir par une loi que l'interruption de la grossesse n'est pas punissable lorsqu'elle est pratiquée dans les douze semaines après le début des dernières règles.

² En outre, les conditions suivantes doivent être remplies:

- a. L'interruption doit être pratiquée par un médecin diplômé et autorisé à exercer sa profession en Suisse;
- b. La personne enceinte doit consentir par écrit à l'intervention; si elle est incapable de discernement, le consentement écrit de son représentant légal est requis;
- c. La personne enceinte doit consulter, au moins une semaine avant l'éventuelle intervention, un médecin diplômé et autorisé à exercer sa profession en Suisse ou un centre de consultation reconnu par un canton.

³ Une interruption de grossesse qui n'est pas punissable selon les alinéas 1 et 2 ne peut faire l'objet de poursuite en Suisse.

Art. 121^{ter} Inobservation de l'article 121^{bis}

¹ Le médecin qui, dans l'un des cas prévus par la loi, aura interrompu une grossesse, sans que le consentement de la personne enceinte ou de son représentant légal n'ait été donné par écrit, sans être diplômé et autorisé à exercer sa profession en Suisse,

sans respecter les conditions prévues à l'article 121^{bis} alinéa 2 lettre c,

sera puni, s'il a agi intentionnellement, des arrêts ou de l'amende. En cas de récidive, il pourra être puni de l'emprisonnement.

² Le médecin qui aura admis, par une négligence grave, qu'il existe un motif reconnu par la loi et aura indûment interrompu la grossesse sera puni de l'emprisonnement ou de l'amende.

Art. 121^{quater} Communication des interventions

Après consultation des cantons, le Conseil fédéral édicte des dispositions concernant la communication des interventions à l'Office fédéral de la statistique.

Art. 121^{quinquies} Refus pour des raisons de conscience

Nul n'a l'obligation de collaborer à l'exécution d'une interruption de grossesse lorsqu'il ne peut en prendre la responsabilité pour des raisons de conscience. Le refus doit être annoncé sans délai.

Art. 211

Biffer

II

¹ La présente loi est soumise au référendum facultatif.

² Le Conseil fédéral fixe la date de l'entrée en vigueur.

1981 23 septembre: Le Conseil des Etats décide de ne pas entrer en matière sur cette loi.

B. Loi fédérale sur les centres de consultation en matière de grossesse

Feuille fédérale III, 218; délai d'opposition: 18 janvier 1982

C. Loi fédérale sur l'assurance en cas de maladie et d'accidents

Feuille fédérale III, 216; délai d'opposition 18 janvier 1982

1982 21 juin: La commission du Conseil national décide de suspendre provisoirement ses délibérations.

Vorlagen des Bundesrates

Departement des Innern

80/82.074 n Schutz der Mutterschaft. Volksinitiative

Botschaft und Beschlussentwurf vom 17. November 1982 (BBl III, 845) über die Volksinitiative «für einen wirksamen Schutz der Mutterschaft».

N *Eggli*, Allenspach, Ammann-St. Gallen, Cotti, Dupont, Dürr, Fischer-Häggingen, Füeg, Gautier, Meier Josi, Morf, Nauer, Nef, Ogi, Risi-Schwyz, Schnyder-Bern, Segmüller, Spreng, Vannay, Vetsch, Zbinden, Zehnder, Zwygart (23)

S *Hophan*, Andermatt, Arnold, Bauer, Bühler, Donzé, Genoud, Gerber, Guntern, Hänsenberger, Hefli, Lieberherr, Zumbühl (13)

80/82.074 n Protection de la maternité. Initiative populaire

Message et projet d'arrêté du 17 novembre 1982 (FF III, 805) sur l'initiative populaire «pour une protection efficace de la maternité».

N *Eggli*, Allenspach, Ammann-Saint-Gall, Cotti, Dupont, Dürr, Fischer-Häggingen, Füeg, Gautier, Meier Josi, Morf, Nauer, Nef, Ogi, Risi-Schwyz, Schnyder-Berne, Segmüller, Spreng, Vannay, Vetsch, Zbinden, Zehnder, Zwygart (13)

E *Hophan*, Andermatt, Arnold, Bauer, Bühler, Donzé, Genoud, Gerber, Guntern, Hänsenberger, Hefli, Lieberherr, Zumbühl (13)

Justiz- und Polizeidepartement**82/79.043 s ZGB. Ehwirkungen und Güterrecht**

Botschaft und Gesetzesentwurf vom 11. Juli 1979 (BBI II, 1191) über die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Wirkungen der Ehe im allgemeinen, Ehegüterrecht und Erbrecht).

N Gerwig, Alder, Barchi, Blunschy, de Chastonay, Christinat, Deneys, Dürr, Egli, Eppenberger-Nesslau, Feigenwinter, Fischer-Häggingen, Füg, Gehler, Girard, Kopp, Linder, Lüchinger, Mascarin, Meier Josi, Meier Kaspar, Merz, Muheim, Petitpierre, Reichling, Schalcher, Segmüller, Uchtenhagen, Weber-Arbon, Zbinden (*erweiterte Kommission*) (30)

S Cavely, Arnold, Bauer, Baumberger, Dobler, Genoud, Guntern, Hänsenberger, Hefti, Lieberherr, Meylan, Munz, Steiner (13)

1981 19. März. Beschluss des Ständerates abweichend vom Entwurf des Bundesrates.

82/79.043 é Code civil. Effets du mariage et régime matrimonial

Message et projet de loi du 11 juillet 1979 (FF II, 1179) concernant la revision du code civil suisse (Effets généraux du mariage, régimes matrimoniaux et successions).

N Gerwig, Alder, Barchi, Blunschy, de Chastonay, Christinat, Deneys, Dürr, Egli, Eppenberger-Nesslau, Feigenwinter, Fischer-Häggingen, Füg, Gehler, Girard, Kopp, Linder, Lüchinger, Mascarin, Meier Josi, Meier Kaspar, Merz, Muheim, Petitpierre, Reichling, Schalcher, Segmüller, Uchtenhagen, Weber-Arbon, Zbinden (*commission élargie*) (30)

E Cavely, Arnold, Bauer, Baumberger, Dobler, Genoud, Guntern, Hänsenberger, Hefti, Lieberherr, Meylan, Munz, Steiner (13)

1981 19 mars. Décision du Conseil des Etats modifiant le projet du Conseil fédéral.

Persönliche VorstösseNationalrat

235/82.938 I Deneys – Kommission für Frauenfragen. Bericht (16. Dezember 1982)

Der Bundesrat hat zum Bericht «Gewalt an Frauen in der Schweiz», den die Eidgenössische Kommission für Frauenfragen vorgelegt hat, nicht Stellung genommen.

Wir bitten ihn deshalb um Auskunft auf die folgenden Fragen:

1. Ist er bereit, die Empfehlungen, welche die Kommission am Schluss des Berichts formuliert, im Rahmen seiner Kompetenzen zu berücksichtigen, insbesondere bei der Ausarbeitung der Richtlinien der Regierungspolitik für die Jahre 1984–1987?
2. Sind die kantonalen Behörden, insbesondere die Vorsteher der Justiz- und Polizei- sowie der Erziehungsdepartemente, mit dem gewünschten Nachdruck über die Schlussfolgerungen des Berichts informiert worden?
3. Hat man diese Information auch den Regierungen der wichtigsten Gemeinden unseres Landes zukommen lassen?

Mitunterzeichner: Bacciarini, Blunschy, Christinat, Füg, Girard, Jaggi, Kopp, Lang, Loetscher, Mascarin, Mauch, Meier Josi, Robbiani, Ruffy, Segmüller, Spiess, Spreng, Uchtenhagen, Vannay, Weber Monika (20)

235/82.938 I Deneys – Commission fédérale pour les questions féminines. Rapport (16 décembre 1982)

Le rapport élaboré par la Commission fédérale pour les questions féminines, sur la violence exercée à l'encontre des femmes, n'a pas fait l'objet d'une prise de position du Conseil fédéral.

Nous le prions par conséquent de répondre aux questions suivantes:

1. Le Conseil fédéral est-il disposé à prendre en considération, dans la mesure de ses compétences, les recommandations formulées à la fin du rapport et d'en tenir compte notamment lors de l'élaboration des «Lignes directrices de la politique gouvernementale» pour les années 1984–1987?
2. Les autorités cantonales, particulièrement les chefs des départements de Justice et Police et de l'Instruction publique ont-ils été informés avec tout le sérieux voulu des conclusions du rapport?
3. Cette information a-t-elle également été transmise aux exécutifs des principales localités du pays?

Cosignataires: Bacciarini, Blunschy, Christinat, Füg, Girard, Jaggi, Kopp, Lang, Loetscher, Mascarin, Mauch, Meier Josi, Robbiani, Ruffy, Segmüller, Spiess, Spreng, Uchtenhagen, Vannay, Weber Monika (20)

260/81.542 M (Grobet)-Deneys – Krankenversicherung. Prämiengleichheit für Männer und Frauen (30. November 1981)

Aufgrund der Volksabstimmung über die Gleichberechtigung von Mann und Frau wird der Bundesrat ersucht, mit entsprechenden Massnahmen dafür zu sorgen, dass Frauen und Männer gleich hohe Krankenkassenprämien bezahlen.

Mitunterzeichner: Affolter, Ammann-St. Gallen, Bäumlín, Borel, Braunschweig, Deneys, Eggenberg-Thun, Egli, Ganz, Gloor, Hubacher, Loetscher, Meizoz, Morel, Morf, Muheim, Müller-Bern, Nauer, Neukomm, Ott, Robbiani, Stich, Vannay, Weber-Arbon, Ziegler-Genf (25)

1982 22. September: Die Motion wird durch Frau Deneys übernommen.

260/81.542 M (Grobet)-Deneys – Assurance-maladie. Egalité entre les hommes et les femmes (30 novembre 1981)

Pour faire suite au vote populaire sur l'égalité des droits entre les hommes et les femmes, le Conseil fédéral est invité à prendre les mesures nécessaires pour assurer une égalité du montant des cotisations aux caisses-maladie entre les hommes et les femmes.

Cosignataires: Affolter, Ammann-Saint-Gall, Bäumlin, Borel, Braunschweig, Deneys, Eggenberg-Thoune, Eggli, Ganz, Gloor, Hubacher, Loetscher, Meizoz, Morf, Muheim, Müller-Berne, Nauer, Neukomm, Ott, Robbiani, Stich, Vannay, Weber-Arbon, Ziegler-Genève (25)

1982 22 septembre: La motion est reprise par M^{me} Deneys.

268/82.947 M Günter – AHV. Gleiches Rentenalter für Mann und Frau (16. Dezember 1982)

Der Bundesrat wird beauftragt, dem Parlament möglichst rasch eine Vorlage zu unterbreiten, welche den Grundsatz der rechtlichen Gleichstellung von Mann und Frau in bezug auf das Rentenalter verwirklicht.

Mitunterzeichner: Alder, Biel, Jaeger, Kloter, Müller-Aargau, Schalcher, Weber Monika, Widmer, Zwygart (9)

268/82.947 M Günter – Age donnant droit à la rente AVS. Egalité entre hommes et femmes (16 décembre 1982)

Le Conseil fédéral est chargé de présenter le plus rapidement possible au parlement un projet permettant d'appliquer le principe de l'égalité entre hommes et femmes en ce qui concerne l'âge donnant droit à la rente AVS.

Cosignataires: Alder, Biel, Jaeger, Kloter, Müller-Argovic, Schalcher, Weber Monika, Widmer, Zwygart (9)

× 297/82.534 I Jaggi – Entschädigungen für Bundesbeamte. Unterscheidung nach Zivilstand und Geschlecht (29. September 1982)

Mit der Änderung vom 19. Mai 1982 der Beamtenordnung (1), in Kraft seit dem 1. Juli 1982, hat der Bundesrat insbesondere die Vergütungen für Dienstreisen der Beamten neu geregelt. Bei dieser Gelegenheit hat er bestimmt, dass die Vergütungen für eine Hauptmahlzeit und für Nebenauslagen je nach Zivilstand verschieden sind; ferner hat er die unangebrachte Unterscheidung nach Geschlecht wieder eingeführt, die 1977 ausgemerzt worden war.

Nach dem neuen Artikel 47 Absätze 1, 1^{bis} und 2 sowie Artikel 80 der Beamtenordnung (1) erhalten die verheirateten männlichen Beamten, die Witwen, die Geschiedenen sowie Ledige mit Kindern im eigenen Haushalt den vollen Betrag. Den übrigen Beamten, d.h. den Ledigen und den verheirateten Frauen, stehen grundsätzlich nur 80 Prozent dieses Betrages zu.

Diese überraschenden Unterscheidungen veranlassen uns, dem Bundesrat die folgenden Fragen zu stellen:

1. Ist der Bundesrat der Meinung, die Verpflegungs- und andere Kosten auf Dienstreisen seien vom Zivilstand des Beamten abhängig?
2. Wenn nicht: Wie erklärt der Bundesrat die (wieder) eingeführten Unterscheidungen?
3. Sind sie nach seiner Meinung mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau vereinbar?

Mitunterzeichner: Ammann-St. Gallen, Baechtold, Bäumlin, Bircher, Borel, Braunschweig, Christinat, Deneys, Gerwig, Gloor, Hubacher, Leuenberger, Loetscher, Longet, Mauch, Meizoz, Morf, Muheim, Neukomm, Ott, Reiniger, Riesen-Freiburg, Robbiani, Ruffy, Schmid, Uchtenhagen, Vannay, Weber-Arbon, Zehnder (29)

1982 17. Dezember: Die Interpellation ist erledigt durch die schriftliche Antwort des Bundesrates.

× 297/82.534 I Jaggi – Indemnités aux fonctionnaires fédéraux. Différenciation selon l'état-civil et le sexe (29 septembre 1982)

Par une modification du Règlement des fonctionnaires (1) datée du 19 mai 1982, entrée en vigueur le 1^{er} juillet 1982, le Conseil fédéral a notamment adopté les indemnités versées aux fonctionnaires par voyages de service. A cette occasion, il a institué une différenciation des indemnités pour le repas principal et pour les dépenses accessoires selon l'état-civil et réintroduit une discrimination selon le sexe éliminée en 1977.

Pratiquement, selon le nouvel article 47, alinéas 1, 1^{bis} et 2 et l'article 80 du Règlement des fonctionnaires (1), les fonctionnaires mariés de sexe masculin, les veufs, les divorcés ainsi que les célibataires ayant des enfants dans leur propre ménage reçoivent l'indemnité entière. Les autres fonctionnaires, c'est-à-dire les célibataires et les femmes mariées, touchent en principe le 80 pour cent de ce montant.

Ces surprenantes différenciations inspirent les questions suivantes au Conseil fédéral:

1. Le Conseil fédéral estime-t-il que les frais de restaurant et autres dépendent de l'état-civil du fonctionnaire en voyage commandé?
2. Si tel n'est pas le cas, comment le Conseil fédéral explique-t-il les différenciations (ré)introduites?
3. Les estime-t-il compatibles avec le principe de l'égalité des droits entre hommes et femmes?

Cosignataires: Ammann-Saint-Gall, Baechtold, Bäumlin, Bircher, Borel, Braunschweig, Christinat, Deneys, Gerwig, Gloor, Hubacher, Leuenberger, Loetscher, Longet, Mauch, Meizoz, Morf, Muheim, Neukomm, Ott, Reiniger, Riesen-Fribourg, Robbiani, Ruffy, Schmid, Uchtenhagen, Vannay, Weber-Arbon, Zehnder (29)

1982 17 décembre: L'interpellation est liquidée par la réponse écrite du Conseil fédéral.

× 323/80.565 P Mascarin – 10. AHV-Revision (1. Dezember 1980)

Der Bundesrat wird ersucht dafür zu sorgen, dass im Zuge der 10. AHV-Revision keinerlei Verschlechterungen gegenüber dem Status quo vorgenommen werden, d.h. die Einführung des flexiblen Rentenalters darf nicht auf Kosten der Erhöhung des Rentenalters und die formale Gleichstellung der Frau nicht auf Kosten der Rentenhöhe oder Rentenansprüche erfolgen.

Mitunterzeichner: Carobbio, Crevoisier, Herzog, (Vincent) (4)

1982 17. Dezember: Das Postulat wird abgeschrieben, weil seine mehr als zwei Jahren hängig.

× 323/80.565 P Mascarin – 10^e révision de l'AVS (1^{er} décembre 1980)

Le Conseil fédéral est invité à veiller à ce que la 10^e révision de l'AVS ne provoque aucune altération des prestations par rapport à la situation actuelle. En d'autres termes, l'adoption d'une réglementation plus souple concernant l'âge donnant droit aux rentes AVS ne doit pas provoquer un relèvement de cet âge; de même, l'égalité assurée à la femme sur le plan formel ne doit pas entraîner une réduction du montant des rentes ou une détérioration du droit à la rente.

Cosignataires: Carobbio, Crevoisier, Herzog, (Vincent) (4)

1982 17 décembre: Le postulat, en suspens depuis plus de deux ans, est classé.

410/82.582 P Uchtenhagen – SBB. Höchstalter für Ausbildung von Kondukteusen (7. Oktober 1982)

In Inseraten werben die SBB für Lehren als Kondukteur/Kondukteuse. Das Höchstalter für eine derartige Ausbildung beträgt 30 Jahre. Um jenen Frauen, die dies wünschen, den Wiedereinstieg ins Berufsleben zu ermöglichen, bitten wir den Bundesrat zu prüfen, ob das Höchstalter für Frauen nicht auf 40 Jahre heraufgesetzt werden könnte.

Mitunterzeichner: Christinat, Deneys, Jaggi, Lang, Mauch, Vannay (6)

410/82.582 P Uchtenhagen – CFF. Age maximum pour la formation des contrôleuses (7 octobre 1982)

Les CFF offrent, par voie d'annonces, des places d'apprentissage de contrôleur et contrôleuse. L'âge maximum pour entreprendre une telle formation est fixé à 30 ans. Afin de faciliter la réinsertion professionnelle des femmes qui désirent reprendre une activité, nous demandons au Conseil fédéral d'examiner s'il est possible de relever l'âge maximum à 40 ans pour les femmes.

Cosignataires: Christinat, Deneys, Jaggi, Lang, Mauch, Vannay (6)

411/81.422 M Vannay – Stimm- und Wahlrecht der Schweizerinnen (17. Juni 1981)

Der Bundesrat wird ersucht, den eidgenössischen Räten sobald als möglich eine Änderung des Artikels 74 der Bundesverfassung zu unterbreiten, damit künftig alle Schweizerinnen und Schweizer bei Abstimmungen und Wahlen die gleichen Rechte haben, und zwar sowohl auf eidgenössischer als auch auf kantonaler und kommunaler Ebene.

Mitunterzeichner: Affolter, Ammann-St. Gallen, Bacciarini, Bäumlín, Bircher, Borel, Bratschi, Braunschweig, Christinat, Deneys, (Duvoisin), Eggenberg-Thun, Gerwig, Gloor, (Grobet), Hubacher, Leuenberger, Loetscher, Meier Werner, Meizoz, Morel, Morf, Neukomm, Ott, Reiniger, Riesen-Freiburg, Robbiani, Schmid, Uchtenhagen, Weber-Arbon (30)

411/81.422 M Vannay – Droit de vote et d'éligibilité des Suissesses (17 juin 1981)

Le Conseil fédéral est prié de présenter aux Chambres fédérales, le plus rapidement possible, une modification de l'article 74 de notre constitution, afin que toutes les Suissesses et tous les Suisses puissent jouir des mêmes droits en matière de votations et d'élections tant sur le plan fédéral, que cantonal et communal.

Cosignataires: Affolter, Ammann-Saint-Gall, Bacciarini, Bäumlín, Bircher, Borel, Bratschi, Braunschweig, Christinat, Deneys, (Duvoisin), Eggenberg-Thoune, Gerwig, Gloor, (Grobet), Hubacher, Leuenberger, Loetscher, Meier Werner, Meizoz, Morel, Morf, Neukomm, Ott, Reiniger, Riesen-Fribourg, Robbiani, Schmid, Uchtenhagen, Weber-Arbon (30)

Adressen der Autorinnen und Autoren:

Brigitte Dommen, Laure Florinetti, Chaterine Hein
Association genevoise des femmes universitaires
Case postale 21, 1211 Genève 3

Elisabeth Kästli
Schribstube, Postfach 2280, 3001 Bern